

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntag-
beilage 'Volk und Welt'...

Telegramm-Adresse:
'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Freitag, den 11. Juni 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebsbüro: Berlin SW. 68, Hauptstraße 10...

Hindenburg hat eine Schlacht verloren.

Zentrum und Demokraten korrigieren Marx.

Für die sozialdemokratische Massenkundgebung am näch-
sten Montag und für den Volksentscheid selbst konnte es keinen
besseren Auftakt geben als die gestrige Reichstagsitzung...

Die Erklärung der Sozialdemokratischen
Reichstagsfraktion ist Satz für Satz eine vernichtende
Widerlegung der abgeklapperten Redensarten von 'Recht
und Moral'...

Dann aber kam mit der Erklärung des Reichskanzlers
Marx die Katastrophe. Kopfschüttelnd fragte man sich, wer
denn dieses unmögliche Schriftstück aufgesetzt haben könne...

Herrn Marx hatte man bisher allgemein ein Talent
nachgesagt, das Talent beruhigend zu wirken. Davon
war gestern nichts zu merken. Seine Erklärung mußte auf-
peitschend wirken...

Immer lauter wurde das jubelnde Entzücken rechts,
immer stürmischer der Protest links, während sich den Ab-
geordneten der Mitte bei jedem Satz die Haare vor Entsetzen
höher sträubten.

Der gestrige Tag wäre ein schwarzer Tag der deutschen
Geschichte geworden, wenn diese wenig würdige und wenig
männliche Regierungserklärung bei der Mehrheit des Reichs-
tags widerspruchslos Zustimmung gefunden hätte...

Die Regierungserklärung hat wiederum das Gegenteil
von dem erreicht, was sie bezweckte. Sie sollte den Reichs-
präsidenten decken, sie hat nur die Isolierung der Re-
gierung herbeigeführt.

Es war ein parlamentarischer Erlebnis von außerordent-
licher Bedeutung, als sich Herr v. Guérard, der sonst auf
dem rechten Zentrumslügel steht, erhob, um namens der
Zentrumspartei über den Hindenburg-Brief das gerade
Gegenteil dessen zu sagen...

Nach Abgabe dieser beiden Erklärungen, von denen be-
sonders die des Herrn v. Guérard durch ihre schneidende
Schärfe allgemein auffiel, stand fest, daß die Mehrheit
des Reichstags den Briefwechsel des Reichs-
präsidenten mißbilligt. Herr v. Hindenburg hatte
eine Schlacht verloren und Herr Marx mit ihm!

Es besteht kein Zweifel daran, daß Guérard und Koch
ausgesprochen haben, was auch die Mitglieder des Kabinetts
denken. Wir glauben nicht falsch unterrichtet zu sein, wenn
wir annehmen, daß die beiden protestierenden Parteien auf
Grund vorangegangener Fühlungnahme von der Regierung
eine erkennbare Preisgabe der Voebellschen Treibereien
erwartet hatten...

Auf alle Fälle: der Reichstag hat gestern dem Reichs-
präsidenten deutlich gesagt, daß er sein Verhalten nicht billigt
und daß er von ihm in Zukunft mehr Zurückhaltung
und mehr Vorsicht in der Wahl seiner politischen Freund-
schaften erwartet.

Mit diesem Ergebnis kann man fürs erste zufrieden
sein, das Weitere wird das Volk am 20. Juni zu sagen
haben. Am 20. Juni fällt die Entscheidung über die künftige

Gestaltung der politischen Machtverhältnisse in Deutschland.
Sie fällt gewiß nicht bei der Abstimmung über einen als
'Mißtrauensvotum' bezeichneten Leitartikel der 'Roten
Fahne'...

Die Entscheidungen fallen jetzt nicht im Reichstag, sondern
im Volke selbst. Jede Ablenkung von dem Ziel des 20. Juni
stiftet Verwirrung und ist schädlich!

Die Regierungsvorlage über die Fürsten-
abfindung geht in den Ausschuss. Auch die Debatte über
sie entbehrt nicht des politischen Interesses. Herr Marx ver-
kündete, daß im Reichstag unbedingt etwas zustande kommen
müsse...

Nächst dem Sieg im Volksentscheid ist die Reichstagsauf-
lösung für uns die zweitangenehmste Aussicht. Es juckt einem
in den Fingern, wenn man sich vorstellt, wie die Rechts-
parteien bei Reumähen unter der Fürstenparole Brügel
beziehen würden!

Dazu bietet sich aber auch schon am 20. Juni Gelegenheit!
Der Donnerstag war der Tag der parlamenta-
rischen Abrechnung. Am Montag treten in Berlin die
Massen auf den Plan. Am Sonntag, den 20. Juni, fällt
die große Entscheidung. Der Donnerstag war gut, der
Montag muß die Steigerung bringen, der übernächste Sonntag
den krönenden Abschluß.

Es lebe der Kampf!

Nach den Ausführungen des Reichskanzlers gaben die
Vertreter des Zentrums und der Demokraten, wie wir bereits

in einem Teil der Abendausgabe mitteilten, im Reichstag
gestern folgende Erklärung ab:

Abg. v. Guérard (Ztr.):

Die Zentrumsfraktion vermag nicht anzuerkennen, daß die An-
gelegenheit des bekannten Briefes des Reichspräsidenten durch die
leblich auf die staatsrechtliche und verfassungsrechtliche Seite der
Sache eingehende Erklärung des Reichskanzlers erschöpft sei...

Wir sind deshalb der Meinung, daß der Brief wegen der über-
parteilichen Stellung des Reichspräsidenten besser nicht
geschrieben worden wäre. (Sehr richtig! im Zentrum.) Unverant-
wortlich, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, ist das Vor-
gehen v. Coebells und seiner Hintermänner. Das Wirken dieses
Mannes ist geradezu volksfeindlich (lebhafter Zustimmung)
und gefährdet die Integrität der Stellung des
Reichspräsidenten, was wir im Interesse unseres Vater-
landes auf das tiefste bedauern. (Lebhafter Beifall im Zentrum und
links; große Bewegung im ganzen Hause.)

Abg. Koch-Wefer (Dem.):

Die deutschdemokratische Reichstagsfraktion vermag der Er-
klärung der Reichsregierung nicht beizutreten. Sie hält an der
Bismarckschen Auffassung fest, daß der Repräsentant
des Staates nicht ohne ministerielle Bekleidungs-
stücke — um Bismarcks Worte zu gebrauchen, — vor die Öffent-
lichkeit treten dürfe, eine Anschauung, von der erst Wilhelm II. unter
dem Einfluß unverantwortlicher und falscher Ratgeber ab-
gewichen ist. Die Dedung der öffentlichen Äußerungen des Re-
präsentanten des Staates ist nicht etwa eine Forderung der Demo-
kratie oder des Parlamentarismus oder des Liberalismus, sondern
eine konstitutionelle Forderung schlechthin.

Russische Auftragsperre.

Arbeiterschädigung durch Bankrott und durch Sowjetpolitik.

Moskau, 10. Juni. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.)
Die Blätter veröffentlichen den Wortlaut einer Weisung Rykoffs an
das Handelskommissariat, in der es beauftragt wird,
sogleich einen Teil der auf Grund des deutschen Garantiekredits
für Deutschland bestimmten Bestellungen an
andere Länder zu vergeben.

Rykov begründet seine Maßnahme mit Schwierigkeiten
beim Erhalt des den deutschen Firmen von Seiten der Regierung
garantierten langfristigen Kredites und mit den unvorteil-
haften Bedingungen einiger deutscher Firmen. Das Volks-
kommissariat wird jedoch angewiesen, die Bestellungen bei
anderen Ländern nur zu solchen Kredit-, Preis-, Qualitäts-
und Lieferungsbedingungen vorzunehmen, die nicht unvorteil-
hafter als die von Deutschland gestellten seien.

Die Annullierung der russischen Aufträge an Deutschland
kommt nicht überraschend. Die Verhandlungen über die Kredit-
gewährung haben lange Zeit in Anspruch genommen, ohne
daß man zu einer Einigung gelangt wäre. Die deutschen Ban-
ken und offenbar auch ein Teil der Lieferanten suchten die
Reichsgarantie für den 300-Millionenkredit zu einem Pri-
vatgeschäft für sich auszunutzen. Es erregte mit Recht
das Befremden der russischen Unterhändler, daß man trotz des
geringen Risikos, das mit der Kreditgewährung infolge der
Reichsgarantie verbunden war, Zinsfäße verlangte, die
man vielleicht bei reichreichen Geschäften rechtfertigen konnte,
die aber in keinem Falle dem so oft betonten Streben der
deutschen Industrie entsprachen, nun endlich den russischen
Markt wiederzugewinnen.

Nun haben die Russen die fortgesetzte Verzögerung der
Verhandlungen mit einer Rücknahme ihrer Bestellungen be-
antwortet. Das ist für den deutschen Export, aber auch für
die Beschäftigung der deutschen Arbeiterschaft eine empfindliche
Schädigung. Es ist zu verlangen, daß die Reichsregierung nun
ihrerseits versucht, die Banken dazu zu bewegen, bessere
Kreditbedingungen im Geschäft mit Rußland zu ge-
währen, als sie bisher in Aussicht genommen waren. Die Tat-
sache, daß die deutsche Wirtschaft die harten Kreditbedingungen
der deutschen Banken sich nur allzu willig hat gefallen lassen,
anstatt energisch zu protestieren, wirkt sich jetzt auch in einer

Schädigung der deutschen Exportinteressen aus. Es ist Aufgabe
der Reichsregierung und der Reichsbank, hier endlich einmal
Abhilfe zu schaffen.

Anders nimmt sich das Verhalten der Russen aus, wenn
man ihre so oft gerühmte Rücksichtnahme auf die
deutsche Arbeiterschaft betrachtet. Es bedeutet eine
dem Sinn des deutsch-russischen Freundschaftsvertrages wider-
sprechende Handlung, wenn Rußland nicht nur solche Aufträge
ins Ausland vergibt, die es dort zu besseren Bedingungen
unterbringen kann, sondern auch andere Bestellungen, für die
es im Ausland die gleichen Bedingungen erhält wie in
Deutschland. Das ist eine offenkundige Kampfmaßnahme, die
sich mit aller Schärfe gegen die Arbeiterschaft der beteiligten
deutschen Unternehmungen richtet. So verständlich das Auf-
treten der Sowjetregierung vom russischen Standpunkt aus
sein mag, so wenig wird sie jetzt noch in der deutschen kommu-
nistischen Presse für sich in Anspruch nehmen dürfen, daß ihre
Importpolitik von irgendwelchen besonderen Rücksichten für die
deutsche Arbeiterschaft geleitet sei. Auch das muß nachdrücklich
festgestellt werden.

Ein amtliches deutsches Kommuniqué findet, daß von den
deutschen Interessenten nichts unternommen wurde, um diese Auf-
tragsperre herauszufordern. Die amtliche Mitteilung meint
ferner, daß die Russen ihre Aufträge trotz ihrer Abgabe nach Deutsch-
land legen werden, da die Angebote anderer Länder in den Kredit-,
Preis- und Lieferungsbedingungen auch nicht annähernd so günstig
sind, wie die deutschen Angebote. Man sieht also in dem russischen
Vorgehen nur eine leere Geste.

Uns scheint die Haltung deutscher amtlicher Stellen doch etwas
allzusehr nach jener Kräftigkeit auszugehen, die in unserer
Handelspolitik schon unglaublich viel Unheil angerichtet hat. Im
übrigen bejätigt das amtliche Kommuniqué, daß die Banken tat-
sächlich trotz der Reichsgarantie den Russen keine besseren
Kreditbedingungen einräumen wollten, als in anderen
Fällen, wo keine Ausfallgarantie des Reiches vorliegt. An diesem
Punkte hätte eine behördliche Exportpolitik eingesehen, um den un-
nötigen Konflikt aus der Welt zu schaffen.



# Berliner vor die Front! Montag abend 7 Uhr, Lustgarten, Massenaufmarsch gegen Fürstenhabgier u. Reaktion!

## Die Mannen von Oels.

Der Aufruf ist erschienen!

Walter von Moio hat durch die Veröffentlichung des durch den Kronprinzen betriebenen Unterschriftenbuchs den Herrschaften einen Strich durch die Rechnung gemacht. Der „Aufruf“ sollte als eine ehrliche Kundgebung von Geistes- und Wirtschaftsgrößen sich darstellen, während er doch nur das bestellte Werk interessierter Kreise, nämlich des Kronprinzen und seiner Handlanger war.

Für dieses bestellte Interessentenwerk haben ihre Unterschrift hergegeben oder doch nicht verweigert: der Mediziner Prof. Bier, dessen Chirurgenhände die letzten Stunden Friedrich Eberts anvertraut waren; der Museumsdirektor v. Bode, der Kunstmaier Prof. Klimsch, die Schriftsteller Rudolf Presber, Fritz Skowronnek und Hermann Sudermann. Sie haben nicht das Feingefühl Walter v. Moios gehabt. Sie ließen sich für das Interessentenwerk einfangen und ihre Unterschrift mit dem „Interesse des Vaterlandes“ drapieren!

Worauf es den Mannen von Oels ankommt, das verrät in ihrem Zorn die „Kreuz-Zeitung“, indem sie schreibt:

Herr von Moio mag in Zukunft seine Romane für die schreiben, in deren parteipolitischem Interesse er die drei Schicksale veröffentlicht hat. Für das deutsche Volk hat er sich damit ausgeschaltet. Er mag die Folgen seines Handelns nur selber tragen.

Nun ist zwar bisher nicht bekannt, daß die agrarischen Hinterlassen der „Kreuz-Zeitung“ überhaupt Romane lesen oder gar kaufen, aber die offene Aufforderung zum Boykott ist doch wert, festgehalten zu werden. Moio hat ganz richtig empfunden, daß schon die Aufforderung zur Unterschrift eine indirekte Vergewaltigung durch die Monarchistenkreise sei. Sind dieser Vergewaltigung Männer wie Sudermann, Bode und Klimsch erlegen? Selbst wenn sie das Gegenteil erklären, wird man nach den Darlegungen der „Kreuz-Zeitung“ berechtigt sein, etwas anderes zu glauben.

Festzustellen ist, zum Lobe sei es gesagt, daß die Unterschrift des ebenfalls angegangenen Prof. Max Liebermann fehlt. Er wird das gleiche empfunden haben wie Walter von Moio...

## Der Kronzeuge der Hohenzollern.

Ein aus Holland gekochener Verräter.

Ein Teil der deutschnationalen Presse veröffentlicht schon seit Tagen unter Führung der in Berlin erscheinenden „Deutschen Tageszeitung“ Zuschriften zum Volksentscheid, die sich hauptsächlich mit der Meinung des Auslandes zur entschuldigungslosen Enteignung befassen und ausschließlich von einem Holländer stammen, der sich bald Dr. van Amstel, bald Dirk van der Gracht nennt, aber trotz seiner adeligen Aufmachung nur ein gewöhnlicher Sterblicher ist. Von kommunistischer Seite wurde nach den ersten Veröffentlichungen dieses Verfälschtes gegen den Volksentscheid bereits darauf hingewiesen, daß sich hinter seinem Pseudonym ein gewisser Johannes Göbel verbirgt, der sich erst kürzlich der russischen Volkspartei in Berlin zur bolschewistischen Propaganda angeboten hatte. Das hat die „Deutsche Tageszeitung“ natürlich bis heute nicht gehindert, sich der Zuschriften dieses Gesinnungslumpen zu bedienen.

Das Zentralorgan der holländischen Sozialdemokratie macht jetzt noch weitergehende Mitteilungen über den Kronzeugen der deutschnationalen Presse und stellt fest, daß dieser Johannes Göbel seinerzeit für die von ihm begründete Sparsamkeitspartei in Holland kandidierte und sich als Direktor des Instituts zur Veröffentlichung wissenschaftlicher Neuigkeiten bezeichnete, bis dieses Bureau im Jahre 1919 die Beziehungen zu ihm abbrach. Ein weiterer Schicksalschlag ereilte ihn, als im September 1922 gegen ihn ein Verfahren wegen Betrug und Unterschlagung von Wertpapieren eingeleitet wurde. Diese Papiere waren Göbel durch eine Dame in Besitz anvertraut worden. Seine Verfehlungen waren so groß, daß die Polizei gegen Göbel einen Haftbefehl erließ. Inzwischen war aber dieser Spitzhube nach Deutschland entflohen, wo er heute als ehrenwerter Verteidiger der Fürsten in der deutschnationalen Presse schreibt. Ja — „gleich und gleich gesellt sich gern!“

## Wangenheim-Klein-Spiegel.

Der Führer des Agrarierbundes gestorben.

Gestern vormittag verstarb Konrad Freiherr v. Wangenheim-Klein-Spiegel im Alter von 75 Jahren. Sein Name ist weit über den Kreis seiner Berufskollegen hinaus bekannt geworden. Mit Köpfen zusammen hat er vor dem Kriege den Bund der Landwirte geleitet, dessen Arbeitstaktik unausgesprochenenmaßen die Förderung des Großgrundbesitzes war. Nach dem Kriege ging dieser Bund der Landwirte im Reichslandbund auf, in dem Wangenheim ebenfalls eine große Rolle spielte.

Wangenheim war durch und durch Reaktionär und der Typus des preussischen Junkers, der trotz seines „nationalen“ Auftretens das Wohl seiner Klasse über das des Vaterlandes stellte. Es erregte großes Aufsehen, als vor dem Kriege festgestellt wurde, daß der Vorsitzende des Bundes der Landwirte keine Einkommensteuer zahlte. Bis zu seinem Lebensende hat Wangenheim in der agrarischen Propaganda eine hervorragende Stellung eingenommen. Was bei aller politischen Segnerhaft gegen den in den Vorurteilen seines Standes befangenen und mit dem Anspruch des Führers auftretenden Menschen auch für den Segner sympathisch erschien, das war die Selbstständigkeit des Urteils, die ihm oft zum Außenseiter in den Reihen seiner politischen und wirtschaftlichen Freunde machte. So ist erinnerlich, wie Herr v. Wangenheim in den schweren Zeiten während und nach der Inflation wiederholt für den Gedanken Propaganda trieb, daß agrarische Erzeuger und Konsumenten sich zusammenschließen sollten, um unter Ausschluß unnötiger Handelsgewinne die Ware vom Produzenten zum Verbraucher zu bringen. Ernst genommen wurden aber derartige Ideen in seinen eigenen Reihen nie. Sie fielen aus dem Rahmen der ungeschicklichen und demagogischen Propaganda, der der Reichslandbund seine Existenz verdankt.

In den großen handelspolitischen Auseinandersetzungen, in denen die Landwirtschaft ihr Sonderrecht vor den übrigen deutschen Gewerbezweigen verlangte, war Wangenheim schon zur Zeit Caprivis Wortführer der Schutzollforderungen. Später ist er als Politiker im eigentlichen Sinne weniger hervorgetreten, außer in der Zeit des Kapp-Putsch, wo man ihm das Amt

des preussischen Landwirtschaftsministers zugebachte hatte. Sonst aber beschränkte sich seine politische Tätigkeit auf den engeren Interessenskreis seiner Berufsfreunde, und er zog es vor, hinter den Kulissen zu wirken, wenn die Berufspolitiker und Parteibeamten den wirtschaftlichen Meinungsstreit in der politischen Arena austrugen.

Mit Wangenheim starb einer der fähigeren und führenden Köpfe der deutschen Großlandwirtschaft. Daß es ihr gelingen wird, einen Menschen gleichen Formates an seine Stelle zu setzen, ist wenig wahrscheinlich.

## Tarifvertrag für Redakteure.

Für allgemein verbindlich erklärt.

Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung hat am 10. Juni 1926 den zwischen dem Arbeitgeberverband für das deutsche Zeitungsgewerbe und dem Reichsverband der deutschen Presse abgeschlossenen Reichstarifvertrag für Redakteure und festangestellte Mitarbeiter von Tageszeitungen für allgemeinverbindlich erklärt. Bei den Versicherungsbestimmungen sind einzelne Personalkreise von der Allgemeinenverbindlichkeit ausgenommen worden.

Der erwähnte Tarifvertrag ist ein Manteltarif, der die allgemeine Stellung des Redakteurs im landläufigen Zeitungsbetrieb umschreibt und sichert. In ihm ist auch eine Lebens- und Pensionsversicherung vorgesehen. Die Ausnahmen, die bezüglich der Versicherung vorgesehen sind, betreffen wahrscheinlich auch die sozialdemokratischen Redakteure.

## Der Zwischenfall im Reichstag.

Zwischenruf des Abg. Rosenfeld vor dem Aeltestenrat

W.B. meldet: Der Aeltestenrat des Reichstages trat nach der gestrigen Plenarsitzung zusammen, um die Angelegenheit des Zwischenrufs des Abg. Rosenfeld (Soz.) in der Plenarsitzung nachzuprüfen. Der Abg. Rosenfeld hat in einem Zwischenruf den Vorwurf des Vorkrachs gegen den Reichspräsidenten erhoben und ist dafür vom Präsidenten Löbe zur Ordnung gerufen worden. Er hat trotzdem, wie mehrere Mitglieder im Aeltestenrat bekräftigten, diesen Vorwurf in neuen Zwischenrufen mehrmals wiederholt, die Wiederholung ist aber in dem Saal des Hauses vom Präsidenten nicht gehört worden, und auch aus dem Stenogramm ist der Vorgang nicht zu ersehen. Der Aeltestenrat

hat dem Präsidenten anheimgestellt, weitere Feststellungen vorzunehmen und je nachdem in der Plenarsitzung die Rüge gegen den Abg. Dr. Rosenfeld nachträglich nochmals auszusprechen.

## Bethlen geohrfeigt.

Von einem ungarischen Republikaner in Genf.

Genf, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag vormittag ist im Völkerbundssekretariat der ungarische Journalist Ivan Justh, Sekretär der ungarischen Republikaner in Paris und Korrespondent der „Cra Nouvelle“, zum Ministerpräsidenten Bethlen vorgebracht und hat ihn geohrfeigt. In einer Protesterklärung an das Völkerbundssekretariat führt Justh aus, daß er von der ungarischen Regierung seit Jahren verfolgt werde. Justh ist sofort von der Polizei festgenommen worden. Der Vorsitzende des Völkerbundsrates sprach zu Beginn der Sitzung Bethlen die Sympathie und weiter das Bedauern darüber aus, daß in dem gottfreundlichen Hause des Völkerbundes ein solcher Vorfall sich ereignen konnte.

In einem Flugblatt, das Justh unter die Umstehenden warf, wird eine Reihe von Gewalttaten der ungarischen Regierung aufgezählt und zum Schluß erklärt, daß Justh die unzähligen Unterdrückten und Leidenden seines Volkes habe rächen wollen. Justh wird sich vor einem Genfer Gericht wegen tätlicher Beleidigung zu verantworten haben. Die Ohrfeige hat Bethlen nicht zu einer höheren Wertschätzung im Völkerbundsrat verholfen, wie man bei der Beratung über die ungarischen Finanzfragen sehen konnte.

Nach neuester Meldung heißt der Attentäter richtig Ber und war seinerzeit wegen republikanischer Propaganda zu 1½ Jahren Kerker verurteilt, hat im Szegediner Gefängnis ein Auge verloren und wurde zur Behandlung seines erkrankten zweiten Auges auf freien Fuß gesetzt. Er floh im Flugzeug nach Wien und später nach Paris.

Genosse Stoetzel hat gegen das Urteil der braunschweigischen Justizbehörde in zweiter Instanz Revision beim Reichsgericht eingelegt.

Die bayerischen SPD-Landtagsabgeordneten Schlaffer und Goch, deren Auslieferung zur Verbüßung dreijähriger Gefängnisstrafen (wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“) die Landtagsmehrheit beschlossen hat, sind rechtzeitig über die Reichsgrenze geflohen.

# Deutschlands Aufnahme gesichert.

Auffeuernde Erklärungen Spaniens und Brasiliens.

Genf, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die große Ueberraschung in der Vormittagsitzung war eine Erklärung des spanischen Vertreters, in der einseitig ausgeführt wird, daß die spanische Regierung bisher das Amendement 4 zum Völkerbundpakt (Turnuswahl der nichtständigen Ratsmitglieder) aus dem Grunde nicht ratifiziert hätte, um sich dadurch die Möglichkeit zu erhalten, solange in den Völkerbundsrat gewählt zu werden, bis Spanien einen ständigen Ratsitz erhalten werde. Die spanische Regierung habe übrigens nie unterlassen, das auch bei jeder Gelegenheit und in aller Offenheit zu erklären. Dann heißt es wörtlich weiter: „Da die gegenwärtige Lage jedoch die Anwesenheit Spaniens bei den Wahlen ausschließt und der Grund für eine Nichtratifizierung des Amendements damit hinlänglich ist, hat meine Regierung beschlossen, die Ratifikation des Amendements vorzunehmen.“

Verschiedene Ratsmitglieder sprachen über den letzten Entschluß der spanischen Regierung ihre Befriedigung aus. Aber schon der Nachmittag brachte die Korrektur dieser falschen Auffassung, als der Bericht der Studienkommission für die Reorganisation des Rates zur Beratung stand. Der spanische Vertreter gab bei dieser Gelegenheit eine neue kurze Erklärung ab, in der es heißt, daß seine Regierung der Regelung einer Frage nicht zustimmen könne, durch welche Spanien in einen „zweiten Rang“ versetzt werde. Die Haltung der spanischen Regierung bleibe unverändert.

Daran schlossen sich Sympathie- und Bedauernserklärungen der Ratsmitglieder an Spanien, von eindringlichen Wünschen unterstützt, die spanische Regierung möge ihre Entscheidung noch nicht als endgültig betrachten. Von Chamberlain und Vanderveelde wurde insbesondere nachdrücklich darauf hingewiesen, daß kein Staat es als Verletzung seines Prestiges betrachten dürfe, wenn er keinen Ratsitz erhalte.

Eine Neuaufgabe dieser Aussprache ergab sich abends am Schluß der Sitzung, als der brasilianische Vertreter Mello Franco eine sehr lange Erklärung seiner Regierung verlas, die dahin zusammengefaßt werden kann, daß Brasilien mit Ende dieser Session, also heute, seinen Rücktritt als Ratsmitglied erklärt, dagegen seine Entscheidung über seine sonstige Mitarbeit und Zugehörigkeit zum Völkerbund sich vorbehält, bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Völkerbundsversammlung über die Reorganisation des Völkerbundsrates endgültig zu entscheiden haben wird. Diese Erklärung gab sämtlichen anderen Mitgliedern des Rates Anlaß zu Gegenäußerungen, in denen sie ihrem Bedauern Ausdruck gaben, dann aber freundschaftlich, jedoch mit Nachdruck darauf hinwiesen, daß der Völkerbundsrat, der nicht Wahlbehörde ist, nicht kompetent sei, die Demission der brasilianischen Regierung als Ratsmitglied entgegenzunehmen und daß es somit bis zur nächsten Völkerbundsversammlung Ratsmitglied verbleibe.

Der Schlusseindruck dieser Diskussion ist der, daß sowohl Spanien wie Brasilien der Reorganisation des Völkerbundsrates in keiner Weise mehr Widerstand leisten wollen, sich dagegen aber noch die Entscheidung vorbehalten, ob sie weiter im Völkerbund verbleiben und mitarbeiten wollen oder nicht. Man hatte sozusagen das Gefühl, daß am Donnerstag eine politisch-diplomatische Operation vorgenommen wurde, die gelungen ist und bei der das Leben eines Patienten auf dem Spiel stand.

Die sensationellen Erklärungen sowohl des spanischen wie des brasilianischen Vertreters schaffen zwar keine volle Klarheit über die weiteren Absichten dieser beiden Länder, doch liegt ihre Bedeutung darin, daß nunmehr die Aufnahme Deutschlands im September gesichert ist.

Vor allem ist es der angeforderte Beschluß der spanischen Regierung, der das letzte formelle Hindernis gegen den Eintritt Deutschlands mit permanentem Ratsitz nach auf der nächsten Tagung aus dem Wege geräumt hat. So-

lange eine einzige Völkerbundsmacht den seinerzeit angenommenen Zusatzantrag zu Artikel 4 nicht ratifiziert hatte, konnte sie durch ihren Einspruch die Durchführung der Vorschläge der Studienkommission, die in vergangenen Monat getagt hat, verhindern. Spanien war die letzte Macht, deren Ratifikation noch nicht vorlag und man konnte um so mehr befürchten, daß es von dieser Waffe Gebrauch machen würde, als es um die Gewährung eines ständigen Ratsitzes kämpfte, während die Studienkommission durch die Annahme der Vorschläge von Lord Cecil einen neuen ständigen Ratsitz ausschließend für Deutschland schaffen wollte. Die Vorschläge der Studienkommission sehen außerdem vor: die Erhöhung der Zahl der nichtständigen Mitglieder, die Einführung eines Turnussystems und die Neuwahl sämtlicher nichtständiger Ratsmitglieder im September bei sofortigem Amtsantritt anstatt zu Beginn des folgenden Kalenderjahres. Das alles bedeutete organisatorische Statutenänderung, die infolge der Ratifizierung dieses Zusatzantrages nicht mehr einer einstimmigen Empfehlung des Völkerbundsrates, sondern nur noch einer Empfehlung mit Zweidrittelmehrheit des Rates bedürfen.

Infolge dessen würde der Einspruch Spaniens und Brasiliens gegen die Vorschläge der Studienkommission nunmehr wirkungslos sein. Denn weitere Mächtigkeiten kommen für einen solchen Einspruch ohnehin nicht in Frage. Damit ist zumindest die Zweidrittelmehrheit gesichert. Ob Spanien diesen Einspruch trotzdem aus grundsätzlichen Gründen erheben wird, geht aus der zweiten Erklärung seines Vertreters in der gestrigen Nachmittagsitzung nicht ganz deutlich hervor. Der Sinn dieser Erklärung ist: Ich protestiere gegen die Beschlüsse der Studienkommission sowie gegen den Druck, der auf mich ausgeübt wird — aber aus Loyalität gegenüber dem Völkerbundsgedanken will ich keine Obstruktion treiben und gebe durch die nachträgliche Ratifizierung des Zusatzantrages aus dem Jahre 1921 dem Völkerbund freiwillig die Möglichkeit, über meinen Kopf hinweg und gegen meinen Willen die Reformvorschläge der Studienkommission zu beschließen.

Die Frage bleibt offen, ob Spanien daraus weitere Konsequenzen ziehen, aus dem Völkerbundsrat oder gar aus dem Völkerbund überhaupt ausscheiden wird. Der brasilianische Vertreter Mello Franco, der nach der Ratifizierung des Zusatzantrages durch Spanien die letzte Hoffnung seines Landes, durch Obstruktion den Eintritt Deutschlands so lange zu verhindern, bis es selbst einen ständigen Ratsitz zugesichert bekäme, jetzt für sich hat, die eine Konsequenz bereits jetzt gezogen: Brasilien tritt aus dem Völkerbundsrat aus, ohne jedoch aus dem Völkerbund auszuschneiden.

Trotz all diesen Vorbehalten ist jedenfalls vom europäischen Gesichtspunkte aus die am gestrigen Tage in Genf eingetretene Wendung der Dinge zu begrüßen, weil damit die Gewißheit endlich geschaffen ist, daß gegen den Eintritt Deutschlands im September kein Hindernis in der letzten Stunde mehr zu erwarten ist.

Nächste Ratstagung: 3. September.

Genf, 10. Juni. (W.B.) Der Völkerbundsrat, dessen Tagung, wie schon berichtet, heute zu Ende ging, verzichtete darauf, sich über das Datum der zweiten Tagung der Studienkommission auszusprechen, und überläßt es dem Präsidenten des Völkerbundsrates, die auf den 28. Juni angelegte Tagung im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Studienkommission gegebenenfalls zu verschieben. Die nächste Tagung des Völkerbundsrates ist vorläufig auf den 3. September angesetzt worden.



# Der Fall Beuster vor den Stadtverordneten.

## Sangfamer Fortgang der Haushaltberatung. — Debatte über das Schulwesen.

Drei Fraktionen der Berliner Stadtverordnetenversammlung, die sozialdemokratische, die kommunistische und die deutschnationale, sorgten gestern durch Anfragen und einen Antrag für die sofortige Besprechung der aufsehenerregenden Nord-Süd-Bahnaffäre, bei der die Stadt so schwer geschädigt worden ist. Der sozialdemokratische Redner, unser Genosse Reuter, hob hervor, wie sehr das von der rechtsstehenden Presse auch zu einer Schädigung des Ansehens der Stadt Berlin ausgeglichene Verbrechen leidet, daß gegenüber gewissen „Interessensvertretern“ Vorsicht geboten ist. Uebrigens wäre, fügte er hinzu, die Beurteilung dieses Standards durch die bürgerliche Presse viel schärfer gewesen, wenn der in ihn verwickelte Stadtverordnete Beuster nicht zur Deutschen Volkspartei, sondern etwa zur Sozialdemokratischen Partei gehörte. Von Entstehung und Verlauf der Angelegenheit gab der Kammerer Rading eine eingehende Darstellung. Das Wesentliche ist unseren Lesern aus den im „Vorwärts“ schon veröffentlichten Mitteilungen bekannt. Es bedurfte nicht mehr der Einsetzung des Untersuchungsausschusses, den die Kommunisten beantragt hatten. Jetzt gibt es Arbeit für den Staatsanwalt. — In der Haushaltberatung, die dann fortgesetzt wurde, gab es eine längere Debatte über das Schulwesen. Hier forderte Genosse Kawerau eine Planwirtschaft für das Schulwesen und einen inneren Ausbau der Volksschule, die nicht zu einer „Armenerschule“ herabgedrückt werden dürfe.

In der zweiten Sitzung der Stadtverordneten in dieser Woche wurde vor Eintritt in die Tagesordnung der besetzte Stadtrat Dr. Ausland, der der kommunistischen Partei angehört, durch den Oberbürgermeister eingeführt. Die vom „Vorwärts“ bereits ausführlich gemeldete

Korruptionsaffäre des volksparteilichen Stadtverordneten Beuster veranlaßte unsere Fraktion, folgende Anfrage zu stellen:

Durch die Presse werden Nachrichten über eine die Stadt betreffende Korruptionsaffäre verbreitet, an welcher der Stadtverordnete Beuster (D. Sp.) beteiligt sein soll. Wir fragen, inwieweit diese Angaben zutreffen und was der Magistrat in dieser Angelegenheit unternommen hat.

Die Kommunisten verlangten in einem Antrag die Einsetzung eines neungliederigen Untersuchungsausschusses, der noch vor den Ferien zu berichten hätte. Bei der Beratung der Anfragen und Anträge schallt von links ein Zwischenruf durch den Saal: „Von städtischen Geldern macht euch frei allein die Deutsche Volkspartei!“ (Schallendes Gelächter.) Die Deutschnationalen haben ebenfalls eine auf den Fall bezügliche Anfrage eingereicht. In der Begründung der kommunistischen Anfrage wies Stadtk. Göbel (Komm.) darauf hin, daß gerade die Volkspartei es war, die feinerzeit ein Verfahren gegen den kommunistischen Stadtrat Stoll betrieben hat, obwohl dieser sich nie etwas zuschulden kommen ließ. Göbel wies weiter darauf hin, daß Beuster als Mitglied einer „nationalen“ Partei sein Geld im Ausland angelegt habe. Als Stadtk. Pastor Koch (Dnat.) als Begründer der deutschnationalen Anfrage davon spricht, daß er unbedingte Sauberkeit in der städtischen Verwaltung verlangen müsse, quittiert die Linke mit Lachen und Zurufen, die erkennen lassen, daß sie Pastor Koch nicht für den Mann hält, der das Recht hätte, von Sauberkeit im öffentlichen Leben zu sprechen. Als Redner unserer Fraktion sprach Genosse Reuter: Die Verfehlungen des Stadtverordneten Beuster, der Mitglied des Aufsichtsrats der Nord-Süd-Bahn war, waren uns Stadtverordneten, die wir in der Verwaltung der Nord-Süd-Bahn tätig sind, seit zwei Monaten bekannt. Da aber bereits die polizeiliche Untersuchung schwebt, ist die Sache als vertraulich behandelt worden. Wir Sozialdemokraten

denken nicht daran, aus diesem kriminellen Fall eine politische Angelegenheit zu machen.

Aber dem Hugenbergschen „Lokal-Anzeiger“ bleibt es vorbehalten, durch die Art, wie die Angelegenheit aufgemacht wurde, Stadt und Stadtverordnete zu schädigen.

Es hat wenig Sinn, den Fall Beuster der Volkspartei als solcher anzuhängen; wie groß wäre aber das Geschrei gewesen, wenn statt des volksparteilichen Mitgliedes des Aufsichtsrates etwa der sozialdemokratische sich solche Verfehlungen und solche Untreue gegen seine Mandatgeber hätte zuschulden kommen lassen. Nicht die 70 000 M., die der Stadt verloren gingen, sind das Verhängnis, sondern die Schädigung des guten Rufes der Stadtverordneten. Angesichts des Falles Beuster wird die sozialdemokratische Fraktion die Tätigkeit gewisser Interessentenvertreter der Rechtsparteien in Zukunft anders beurteilen müssen als bisher. — Stadtkammerer Rading gab als Magistratsvertreter eine knappe, prägnante Darstellung der

### Tätigkeit des Grundstücksamtmanns Schmidt.

Die Einzelheiten sind bereits zum größten Teil durch den „Vorwärts“ mitgeteilt worden. Bei der Grundstücksvermittlung in Tempelhof ist von der Nord-Süd-Bahn ein Kaufpreis von 599 000 M. gezahlt worden. Später hat sich dann herausgestellt, daß von diesem Betrag der Käufer nur 450 000 M. erhalten hat. Schmidt hat also

an einer einzigen Grundstücksvermittlung rund 150 000 M. verdient. (Hört! hört! links.)

Schmidt ist als Ratler und Vertrauensmann der Stadt dienstbar gewesen, hat für seine Tätigkeit Provision erhalten und hat sich durch seine Verfehlungen des Betruges und der Untreue schuldig gemacht. Gegen ihn ist deswegen ein Strafverfahren eingeleitet worden; seine Verhaftung ist erfolgt, als er im Begriffe stand, nach der Schweiz zu reisen. Der Kammerer stellte ferner mit, daß über das gesamte Vermögen Arrest verhängt ist. Inzwischen ist zwischen Schmidt und der Nord-Süd-Bahn ein Vergleich geschlossen worden, nach dem der größere Teil des Geldes der Stadt wieder zurückgewonnen werden konnte. Vor kurzem ist die Unterzuchung auch auf den Stadtverordneten Beuster ausgedehnt worden. — Mit der Abgabe einer Erklärung durch den Vorsitzenden der volksparteilichen Fraktion Schwarz, in der mitgeteilt wurde, daß Beuster aus der Fraktion ausgestreut ist, schloß die Debatte. — Die Versammlung setzte nunmehr die

### Beratung des Stadthaushaltsplanes

fort. Gegen einen vom Magistrat eingelegten Betrag von 18 000 M. als Vergütung für die Seelsorge in den städtischen Krankenanstalten, wandte sich neben den Kommunisten auch Genosse Reuter. Er betonte dabei, daß sich unsere Fraktion nicht gegen die Seelsorge selbst richtet, sondern nur gegen die Bezahlung durch die Stadt. In der Abstimmung wurde dann auch die Streichung des Betrags durch die Linke beschlossen. Bei der Beratung weiterer Etatartikel ereignete sich ein Zwischenfall.

Aus einem Zufall, den der Kommunist Jaedike an unsere Genossen richtete und einer kräftigen Antwort durch den Genossen Klose, kam es zu Tätlichkeiten zwischen beiden. Wegen des Tumults schloß der Vorsteher, Genosse Hoff, die Sitzung. Vor dem sofort zusammengetretenen Kellnerrat bedauerten die beiden beteiligten Stadtverordneten die Vorgänge und entschuldigten sie mit ihrer Erregung. Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilte der Vorsteher den Ausgang der Verhandlungen des Kellnerauschusses mit und rief wegen der Störung der parlamentarischen Ordnung die beiden Stadtverordneten zur Ordnung. Damit war der Zwischenfall erledigt. Bei der Beratung des Etat-

### Unterricht, Bildung, Kunst

forderte Genosse Dr. Kawerau eine Planwirtschaft im Schulwesen. Es kann nicht angehen, daß sich Bezirke in der Schaffung von besonders eingerichteten höheren Schulen zu übertreffen suchen, um sich gegenseitig die Schüler abspenstig zu machen.

Der Ausbau der Volksschule ist dringend nötig, die Volksschulen dürfen nicht weiter Armenschulen bleiben.

Unsere Fürsorge gilt auch den Junglehrern. Wo sollen bei dem ständigen Wechsel die Junglehrer die Arbeitsfreudigkeit hernehmen? Zu verlangen ist auch, daß mehr als bisher die Junglehrer angestellt werden. Sehr kommt es oft genug noch vor, daß Lehrer, die über sieben Jahre im Amte sind, immer noch als „Junglehrer“ betrachtet werden und auf eine Anstellung warten, obwohl sie inzwischen an Lebensjahren erheblich zugenommen und Familien gegründet haben. Mit Freuden haben wir Sozialdemokraten begrüßt, daß die Stadtverordneten einstimmig eine Erhöhung des Schulgeldes an höheren Schulen ablehnten, wodurch verhindert wurde, daß der Besuch einer höheren Schule noch mehr als bisher ein Vorrecht der besitzenden Kreise wurde. Genosse Kawerau betonte, daß ein Fünftel der preussischen Schüler in Berlin unterrichtet werden. Dadurch ergeben sich von selbst Rückwirkungen im Schulwesen auf Preußen. Der Redner bemängelte die Unterstützung der privaten Unterrichtsanstalten durch die Kommune, um so mehr, als von dem deutschnationalen Dethleffen die Privatschulen als Repräsentationschulen der von ihm vertretenen Kreise bezeichnet wurden. In Charlottenburg hat selbst das Bezirksamt die Ueberflüssigkeit von drei der bestehenden sechs Privatschulen anerkannt, trotzdem werden alle Schulen aufrechterhalten. Wir werden alle Schulfragen nach sachlichen Gesichtspunkten prüfen.

Zu Beginn der Sitzung hatte die sozialdemokratische Fraktion folgende

### Anfrage

eingbracht: Durch eine Verfügung des Herrn Oberbürgermeisters ist die Vertretung des Bürgermeisters Schöls in der Weise geregelt worden, daß sie zunächst von dem Stadtrat Wege, danach von dem Stadtrat Dr. Richter und dann vom Stadtrat Benedek übernommen worden ist. Wir fragen an, nach welchem Gesichtspunkt der Herr Oberbürgermeister diese Vertretungen geregelt hat. — Alle genannten Stadträte gehören der deutschnationalen beziehungsweise der volksparteilichen Partei an.

### Kein eigenes Kraftwerk der Reichsbahn.

Wie erinnerlich, hatte vor kurzem die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion den Magistrat darauf aufmerksam gemacht, daß die Reichsbahngesellschaft beabsichtige, ein eigenes Kraftwerk zu errichten. Wie nun die B.-S. Korrespondenz von zuständiger Seite erfahren hat, handelt es sich bei diesem Vorhaben durchaus nicht um ein fertiges Projekt, sondern es sind im Zusammenhang mit dem Elektrifizierungsplan, dessen Kosten auf etwa 150 Millionen Mark veranschlagt werden, nur die Fragen der Strombeschaffung eingehend geprüft und dabei drei Projekte erörtert worden. Darin wurde untersucht, ob die Entnahme des Stromes aus einem bestehenden Kraftwerk, die Entnahme aus dem Ueberlandstrasse aus Mitteldeutschland oder etwa der Bau eines eigenen Kraftwerkes am billigsten und wirtschaftlichsten sein würde. Diese Fragen sind also bisher nur nach den wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet und keinerlei feste Beschlüsse noch irgendeiner Richtung hin gefaßt worden. Es ist durchaus möglich, daß die Reichsbahngesellschaft den nötigen Strom von einem bestehenden Kraftwerk, also in diesem Falle von dem städtischen Großkraftwerk Zummelsbura, bezieht, allerdings wird dafür Voraussetzung sein, daß die Stadt der Reichsbahngesellschaft in der Frage des Strompreises Konzessionen macht und ihr einen Sonderzins aufstellt.

Die Durchführung des Elektrifizierungsplanes wird im übrigen von der Kreditbeschaffung abhängen, denn die Reichsbahngesellschaft wird die dazu notwendigen Mittel aus wirtschaftlichen Gründen nicht den laufenden Einnahmen entnehmen, sondern im Anleihenwege aufbringen. Von dem Ausgang dieser Elektrifizierungsanleihe, die in absehbarer Zeit aufgelegt werden dürfte, wird es abhängig sein, welcher Teil des Bauplanes, der natürlicherweise nur stufenmäßig durchgeführt werden kann, verwirklicht wird. Zu aller-

# Der Wobblj.

Von B. Traven.

Copyright by Buchverlag-Verlag, Berlin und Leipzig.

Zu dieser Zeit waren wir mitten drin in der dicksten Arbeit.

„Hugen Sie mal die Bleche,“ sagte der Meister zu mir. „Das werden Sie ja wohl können. Wenn mal die Alte (das war Señora Douz, die keineswegs alt, sondern kaum dreißig war) reinkommen sollte — die muß ja ihre Nase in jeden Dreck reinstechen — dann pugen Sie nur immer Bleche. Dann merkt sie nicht, daß Sie nichts von der Bäckerei verstehen. Aber jetzt kommt sie nicht, jetzt ist gerade der Alte drüber; die haben ja sonst keine Zeit. Was wundert es nur, daß sie dafür überhaupt noch Zeit und Gedanken finden. Aber Gedanken werden sie sich dabei wohl kaum machen. Die denken dabei an uns, ob wir uns etwa keine Eier verrühren. Das wollen wir jetzt erst mal machen.“ Nun wurden tüchtig Eier eingeschlagen, Butter rein und dann in den Ofen geschoben.

Als die Fütterung vorüber war, lernte ich Bleche sauber machen. Das kann man nicht so ohne weiteres, wie man vorher wohl denkt. Es muß gelernt sein. Dann mußte ich Mehl abwägen. Auch das hat seine Kniffe. Und dann mußte ich fünfhundert Eier aufschlagen, das Gelbe und das Weiße voneinander trennen. Würde man das so machen, wie es Mutter in der Küche tut, so brauchte man dazu eine Woche. Hier muß das in kaum zwanzig Minuten geschehen sein, und es darf kein Pünktchen Gelb in der Weiß-Masse gefunden werden, weil das allerlei Schwierigkeiten zur Folge hätte.

Dann lernte ich die Teigteilmaschinen bedienen, das Feuer in Ordnung halten, Brot- und Brötchentieg ansetzen, Kleingebäck glastieren, Torten beschneiden und für die Ornamentierung vorarbeiten, Schüsseln und Geschirre reinigen, die Tische abwachen, die Badstube auslegen, Eis mahlen, Eis-masse ansetzen und so manches andere mehr. Alles so nach und nach, alles in der Weise, wie man jedes Ding lernen kann. Es gibt überhaupt nichts, das man nicht lernen könnte.

Dann kam der Samstag. Lohnstag. Aber Lohn gab es nicht. „Mahana, morgen,“ sagte Señora Douz. Morgen war Sonntag, und wir mußten mehr arbeiten als die übrigen Tage. Hinsichtlich des Lohnzahlens aber erklärte Señora Douz, es sei Sonntag, und Sonntags zahle er keinen Lohn: „Morgen.“ Montag zahlte er aber auch nicht, weil er noch nicht zur Bank gewesen sei. Dienstag gab es kein Geld, weil er das Geld, das er von der Bank geholt, bereits ausgegeben habe. Mittwoch bekamen die Kellner erst mal ihr Geld, und Donnerstag hatte er überhaupt kein Geld und konnte nicht

zahlen. Freitag war er nicht zu finden; immer wenn man ihn suchte, war er gerade in seine Wohnung gegangen und wollte nicht gestört werden. Samstag waren bereits zwei Löhne fällig, aber da hatte er zu große Ausgaben, weil er für den Sonntag mit einlaufen mußte und die Banken schon mittag schlossen. „Morgen,“ sagte er. Aber morgen war Sonntag, wo er keine Löhne zahlte. „Morgen,“ das war Montag, aber da war er noch nicht zur Bank gewesen.

Nach drei Wochen bekam ich das erstemal Geld von ihm, nicht für drei volle Wochen Arbeitslohn, sondern nur für eine Woche. So ging das immer durch, immer war er Wochen und Wochen mit dem Lohn im Rückstand. Wir aber durften mit der Arbeit nicht eine Viertelstunde im Rückstand sein, dann gab es Rabau. Fünfzehn, sechzehn, ja einundzwanzig Stunden Arbeit am Tage hatten wir zu leisten. Das hielt er für ganz selbstverständlich, und für ebenso selbstverständlich hielt er es, daß er den Lohn zahle, wann es ihm beliebe und nicht, wenn er fällig sei.

Aber andere Arbeit war nicht zu finden, und wäre sie zu finden gewesen, wir hätten ja keine Zeit, sie zu suchen. Wenn wir in der Badstube des Nachmittags fertig waren, dann waren die anderen Werkstätten oder die Bureaus, wo man nachfragen konnte, meist schon geschlossen. Man mußte eben aushalten. Wenn man leben will, muß man essen, und wenn man auf irgendeine andere Art kein Essen findet, muß man tun, wie es dem, der das Essen hat, gefällt.

Den Kellnern ging es nicht besser. Sie bekamen nur zwanzig Pfesos den Monat und sollten im übrigen vom Trinkgeld leben. Aber hier ist man nicht freigebig mit dem Trinkgeld, und wenn die Gäste knapp waren, dann hatten wieder die Kellner nichts zu lachen. Dann waren sie schuld daran, daß die Gäste ausblieben, und Señora Douz gönnte ihnen nicht einmal die zwanzig Pfesos Lohn. Wir wohnten im Hause, die Kellner nicht. Die hatten Familie und wohnten mit ihren Familien. Dadurch hatten sie besondere Ausgaben. Sie bekamen nicht einmal volles Essen, sondern nur so nebenbei, als Gnade oder besondere Vergünstigung.

Unser Meister hatte schon vier Monate Lohn stehen. Selbst wenn er hätte gehen wollen, er konnte nicht, weil Señora Douz ihn wochenlang vielleicht mit der Restsumme hingehalten hätte. Wir sollten jeder täglich zum Mittagessen eine Flasche Bier bekommen. Das war ausgemacht. Aber wir bekamen Bier nur dann, wenn Señora Douz bei sehr guter Laune war, wenn viele Bestellungen vorlagen, und wenn wir zwanzig Stunden zu arbeiten hatten. Das Essen selbst war sehr gut. Es gab viel Fleisch, zwei oder drei Fleischgerichte zu Mittag. Aber nach einer Woche konnte man nichts mehr essen; denn es gab jeden Tag genau dasselbe zum Essen. Da war auch nicht ein Reisörnchen heute anders als es gestern

war, und nicht eine Fleischfaser schmeckte heute anders als sie morgen schmecken würde.

Ein Kellner bekam Fieber und war in drei Tagen tot. Er war ein Spanier gewesen, der erst vor zwei Jahren herübergekommen war. An seiner Stelle trat ein Mexikaner ein, namens Morales. Er war ein schlauer, intelligenter Bursche. Wenn ich gelegentlich Badware in das Café zu bringen hatte, so sah ich beinahe jedesmal, daß Morales mit dem einen oder dem anderen seiner Kollegen sprach. Sie sprachen ja natürlich immer zusammen, wenn sie nicht bedienten. Aber hier fiel mir das Sprechen doch zum ersten Male auf. Wenn sonst die Kellner zusammen miteinander sprachen, so war das immer so oberflächlich. Sie redeten über Lotterielose oder über Nebengeschäfte oder über Mädchen oder ihre Familien. Meist lachten sie dabei oder witzelten.

Dagegen wenn Morales mit einem sprach, wurde nicht gelacht, sondern immer sehr andächtig zugehört. Morales war immer der Sprecher und die übrigen immer die Zuhrenden. Ich sah es blühen. Das „Syndikat der Restaurationsangestellten“ arbeitete.

Die Gewerkschaften in Mexiko haben keinen schwerfälligen bürokratischen Apparat. Ihre Sekretäre fühlen sich nicht als „Beamte“, sondern sie sind alle junge brausende Revolutionäre. Die Gewerkschaften hier sind erst durch die Revolution der letzten zehn Jahre entstanden. Und so sind sie gleich in die allermodernste Richtung geraten. Sie haben die Erfahrung der russischen Revolution, die Exploitationsgewalt des jungen Stürmers und Drängers und die Elastizität einer Organisation, die nach ihrer eigenen Form sucht und noch täglich ihre Taktik wechselt.

Richtig, in der La Moderna war der Streit da. Kellnerstreik. Señora Douz lachte sich eins. Bei ihm brauchte er das nicht zu befürchten. Und nun kamen die Gäste der La Moderna alle in sein Lokal, weil sie sich in dem Café, wo der Streit war, fürchteten. Die Furcht ist berechtigt. Denn die Polizei ist in Arbeiterkämpfen neutral. Wenn einem Gast, der in ein Café geht, wo gestreikt wird, ein Stein in den Kopf fliegt, so darf er zur Sanitätspolizei gehen und sich verbinden lassen. Im übrigen aber kümmert sich die Polizei nicht darum. Die Streikposten, die vor dem Café stehen, haben ihm ja gesagt, das in dem Café gestreikt wird. Außerdem steht es in der Zeitung, und Flugblätter werden ihm auch genug in die Hand gedrückt. Er weiß, was ihm bevorsteht. Er braucht ja nicht in das Café zu gehen, er kann ja in ein anderes gehen oder sich auf die Bank auf der Plaza setzen oder spazierengehen. Wer da hingehet, wo Steine in der Luft umherfliegen, dem geschieht es ganz recht, wenn er einen an den Kopf kriegt.

(Fortsetzung folgt.)



### Wohnungsnot und Geistesstörungen.

Zahlreiche Krankheiten lassen sich auf schädliche Wohnungseinflüsse zurückführen. Viele Säuglinge und Kleinkinder sterben alljährlich, weil die schlechte Wohnung der Eltern oder Pfleger ihren Tod herbeiführt; andere kleine Erdenbürger erkranken schwer infolge von Wohnungsschäden. Aber auch eine gewaltige Anzahl erwachsener Menschen, namentlich solche, die infolge ihrer körperlichen Beschaffenheit zur Tuberkuloseinfektion neigen, erkranken oft hauptsächlich deshalb schwer, weil sie in schlechten Wohnräumen ihr Leben fristen müssen; Tausende, die der Tuberkulose anheimfallen, sterben an ihrer Wohnung, darüber kann kein Zweifel bestehen.

Es sind aber nicht die linderreichen Familien und die Tuberkulösen allein, die unter der Wohnungsnot körperlich besonders schwer zu leiden haben. Auch auf den Zustand der geistig Abnormen wirkt die Wohnungsnot oft verheerend ein. Namentlich die Psychopathen werden durch die Wohnungsnot mit ihren zahlreichen Unbequemlichkeiten und Hindernissen, die Reibereien und Streitigkeiten zur Folge haben, ganz besonders arg geschädigt. Reizbare Psychopathen geraten infolge von Wohnungsnot in heftige Erregung mit Reizung zu Gewalttätigkeiten. Haltlose Psychopathen bekommen vielfach depressive Bestimmungen oder hysterische Zustände, wenn sie sich über die Wohnungsnot aufregen und aufregen; wieder andere fallen Wahnvorstellungen anheim.

Auf diese engen Beziehungen zwischen Wohnungsnot und Psychosen wies der Berliner Redner Dr. Heinrich Bernhard in einem Vortrage hin, den er unlängst im Gerichtsärztlichen Institut hielt. Er berichtete von vielen traurigen Fällen, in denen Menschen, die zwar reizbar, aber durchaus nicht „geisteskrank“ waren, infolge der Schwierigkeiten mannigfacher Art, die die Wohnungsnot mit sich bringt, eine bedeutende Verschlimmerung in ihrem körperlichen Befinden erleiden mußten. Sehr häufig waren unter den abwaltenden Verhältnissen auch die Gerichte gezwungen, sich mit öffentlichen und privaten Klagen psychotischer Menschen, deren Gesundheitszustand durch die Wohnungsnot stark beeinträchtigt wurde, zu befassen. Oft kosteten die Maßnahmen der Gerichts- und Verwaltungsbehörden bei derartigen Verfahren viel Zeit und Geld. Aber auch manches Familienglück wurde auf diese und ähnliche Weise vermindert.

Eine 38jährige unerbittliche Näherin bewohnte seit drei Jahren eine Kammerkammer in einer Berliner Kneipe. Sie war genötigt, Wasser auszuholen und Abortanlage mit anderen Mietern gemeinsam zu benutzen. Dies führte zu Streit und Streit. Ihre Aufregung steigerte sich von Tag zu Tag, sie bildete sich ein, sie werde von allen Hausbewohnern verfolgt, glaubte, man werte ihr vor, sie hätte das Kneipen abfackeln verstanden, sie sei geschlechtlos, man verabscheue sie, sie solle sterben. Sie schlugen. Was tat die Frau? Sie erhob gegen alle Hausbewohner Klage wegen Beleidigung und Körperverletzung. Die Gerichte und Rechtsanwälte mußten sich mit unnützem Schreibwerk befassen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wäre alles dieses erspart geblieben, hätte die erwähnte Näherin eine ausreichende kleine Behausung gehabt.

Eine 42jährige Bugmalerin wohnt als Untermieterin bei einem Ehepaar. Zunächst herrschte Friede und Freundlichkeit. Da stellt sich bei dem Ehepaar Familienzuwachs ein und damit Kindergeheul. Die Wohnungssange macht sich empfindlicher bemerkbar. Es kommt zu Handgreiflichkeiten, Beleidigungen und Verleumdungen; die Bugmalerin verläßt aus Rache die Ehe zu serrütten. Kurzum es treten Konflikte schwerster Art auf. Schließlich bekommt die Bugmalerin richtige Wohnvorstellungen. — Gar nicht selten hat die Wohnungsnot bei psychotischen Menschen auch tödliche Folgen. So meldeten die Zeitungen vor kurzem folgendes: „In einer Dreizimmerwohnung des Hauses Höchststr. 22 wohnen drei verschiedene Parteien in je einem Zimmer. Seit drei Monaten herrschen zwischen den Mietern erbitterte Streitigkeiten, die hauptsächlich durch die Benützung eines gemeinschaftlichen Klosets hervorgerufen waren. Im Verlaufe eines Wortwechsels erhob der Renteneinpänger A. den Händler D. und dessen Sohn und bedrohte das Ehepaar S. mit einem Beil.“ Wenn fast die gesamte Presse hier von „Todesopfern der Wohnungsnot“ sprach, hatten sie nur leider allzu sehr recht.

In Frankfurt am Main ereignete sich eine ähnliche Schreckensstat. Die Besitzerin einer größeren Wohnung erhielt vom Wohnungsamt ein Ehepaar zur Zwangsquartierung. Entgegen den Bestimmungen des Mietkontraktes verlangte sie ständig mehr Miete und glaubte ihr Ziel zu erreichen, indem sie in gefährlicher Weise über ihre Mieter schimpfte. Die Schamhaftigkeit und Reizbarkeit der Vermieterin steigerte sich immer mehr. Eines Tages tauchte sie sich einen Revolver und schloß ihren Mieter, ohne daß ein Wortwechsel vorhergegangen war, von rückwärts nieder. Die Wärterin wurde auf ihren Geisteszustand beobachtet und es stellte sich heraus, daß bei ihr eine Geisteskrankheit ausgebrochen war. Dieser Fall beweist zur Genüge, wozu eine nicht rechtzeitige Erkennung oder unrichtige Erlösung solcher Geisteskranken führen kann, die bei Wohnungsnot ausserordentlich leicht das größte Unheil anrichten können.

Die Wohnungsnot ist zwar groß und die Neubautätigkeit vorläufig leider noch sehr gering. Man muß aber trotzdem Dr. Bernhard zustimmen, wenn er verlangt, daß bei der wohnungsfürsorglichen Betreuung geistig abnormer Personen die Wohnungsämter nicht nach dem „Schema F“ vorgehen dürfen, sondern entsprechend der Lage jedes Einzelfalles bei der Wohnungszuteilung besonders Bedacht zu nehmen hätten. Es gilt, dafür zu sorgen, daß nicht nur die Lungenfürsorgestellen und die Säuglingsfürsorgestellen, sondern auch die Fürsorgestellen für Gemüts- und Nerventränke, die die persönlichen Verhältnisse und die Eigenart der Krankheitserscheinungen bei den geistig Abnormen am besten kennen, mit den Wohnungsämtern Hand in Hand zusammen arbeiten. Hierfür zu sorgen, in dieser Beziehung ein Bindeglied herzustellen, ist sicherlich eine bedeutende Aufgabe der kommunalen Gesund-

heitsämter. Will man der Wohnungsnot steuern, will man unter den obwaltenden Wohnungsschwierigkeiten die schlimmsten Schäden ausmerzen oder herabzumindern versuchen, so darf man an einer planmäßigen wohnungsfürsorglichen Betreuung der psychotischen Persönlichkeiten nicht vorbeigehen.

Dr. med. Alfred Korach.

### Aus den Bezirken.

#### 3. Bezirk — Wedding.

Auf der Tagesordnung der letzten Bezirksverordnetenversammlung stand ein kommunistischer Antrag, der u. a. forderte, daß die bisherige Altersgrenze für die Benützung von Jugendheimen und sonstigen sozialen Einrichtungen von 18 auf 21 Jahre heraufzusetzen sei. Dieser Antrag war von der vorletzten Bezirksverordnetenversammlung einem Ausschuss überwiesen worden. Als Berichterstatter dieses Ausschusses sprach Genosse Klose. Er führte aus, daß der Ausschuss eine Ablehnung des Antrages empfehle, weil eine Herabsetzung der Altersgrenze von 18 auf 21 Jahre für die Lohnverhandlungen der Gewerkschaften verhängnisvoll werden könne. Nach ihm sprach der Vertreter der kommunistischen Fraktion, ohne Material für Begründung des Antrages vorbringen zu können. Genosse Klose wies ihm gegenüber darauf hin, daß die Kommunisten im Ausschuss ihren Antrag nicht einmal begründet hätten. Das war entweder ein Mangel an Intelligenz oder an Material. Trotzdem die KPD. im Ausschuss in Aussicht gestellt habe, das Material zur Begründung ihrer Anträge zu beschaffen, habe sie hier verfaßt. Die Debatte spitzte sich zu, als Genosse Klose ausführte, daß ein Mitglied der KPD., der Stadtrat Hesse, gefagt hätte, die KPD. wäre zu einer Diskussion verpflichtet, wenn Genosse Klose objektiv berichtet werde. Er habe wie stets objektiv berichtet. Trotzdem habe sich die KPD.-Fraktion nicht an ihre Zusage gehalten. Das war wieder ein Beweis für die Unzuverlässigkeit der KPD. Der Redner der KPD. gab zu, daß Klose objektiv berichtet habe. Der kommunistische Stadtrat habe wahrscheinlich in der Fraktionsitzung der KPD. geschlafen, oder sei nicht anwesend gewesen. Sonst hätte er so etwas nicht sagen können. Allgemeine Heiterkeit erregte das Auftreten der deutschnationalen Rednerin, die erklärte, im Ausschuss und in der Bezirksverordnetenversammlung werde nur gequatscht. Man rief ihr zu: „Dafür sorgen Sie“. Der Antrag der Bürgerlichen Vereinigung, die abgebauten Beamten wieder einzustellen, wurde abgelehnt. Der Errichtung eines Verwaltungsgebäude im Bezirk Wedding wurde zugestimmt.

#### 5. Bezirk — Friedrichshain.

Allen Erwartungen der überfüllten Tribüne entsagen verließ die Sitzung der Bezirksverammlung Friedrichshain am letzten Mittwoch in völliger Ruhe. Bezirksverordnetenvorsteher Genosse Kanjer gab vor Eintritt in die Tagesordnung bekannt, daß die Fraktionen den Konflikt in der vergangenen Sitzung im Hinblick auf die zu erledigende Arbeit als erledigt betrachteten. Ein Antrag der Kommunisten, Abschriften von den Wählerlisten den Parteien zuzustellen, wurde abgelehnt. Ein Antrag der Deutschnationalen, der Forderung wegen in den Monaten Juli und August die ordentlichen Sitzungen der Bezirksverammlung ausfallen zu lassen, wurde gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Ein weiterer Antrag der Kommunisten verlangte, daß von der Bezirksverammlung ein Ausschuss eingesetzt werde, dem die Prüfung der vom Jugendamt der Fürsorgeziehung überwiesenen Fälle zuzutreten solle und daß ferner Jugendpfleger nur aus proletarischen Kreisen anzustellen seien. Bezirksverordneter Bittorf begründete diesen Antrag mit dem Vortrag des Volkes eines in Fürsorgeziehung gegebenen Jünglings. Stadtrat Genosse Klotz erwiderte, daß gerade dieser Fall dem Jugendamt schwere Bedenken gemacht habe. Die Mutter des Jünglings selbst aber habe schließlich Fürsorgeziehung verlangt. Jetzt habe das Jugendamt in diesem Falle keinen Einfluß mehr auf die Gestaltung der Dinge. Im übrigen sei es dem Jugendamt gelungen, die Anträge auf Fürsorgeziehung um über 60 Proz. herabzubringen. Der Antrag der KPD. entbehre der gesetzlichen Grundlage. Hier könne nur die Stadtverordnetenversammlung eingreifen. Bezirksverordneter Treitin (Dnaff.) sprach sodann ein Loblied auf den „christlichen Gedanken“ und verjagte zu beweisen, daß Fürsorge aus proletarischen Kreisen keine jugendpflegerische Arbeit leisten könnten, da sie ja „nichts gelernt“ hätten. Genosse John einigte sich ihm schlagfertig und hob vor allem die Wichtigkeit fürsorglicher Arbeit in Kneipen und Kammelpflegen hervor. Der Forderung auf Anstellung der Jugendpfleger aus proletarischen Kreisen sei das Bezirksamt Friedrichshain in weitestem Maße gerecht geworden. Der KPD.-Antrag wurde schließlich abgelehnt. Der Volksparteiler Fuhrmann verlangte Neuaufstellung der Listen für Wohnungsjugendliche und begründete diesen Antrag unter heftigen Ausfällen gegen die Wohnungszwangswirtschaft und gegen die republikanischen Institutionen. Er mußte sich dafür eine treffliche Zurückweisung durch den Stadtrat Schmidt (Zentr.) gefallen lassen. Stadtrat Bansch (KPD.) wies gleichfalls die Angriffe zurück und stellte fest, daß im Bezirk 21 626 Wohnungsgesuche vorliegen, für deren Neueintragung die Arbeit nicht gerichtet ist. Nachdem u. a. noch Genosse Görg dem Antragsteller sein besonderes Eintreten für die Hauswirte bescheinigt hatte, wurde unter Ablehnung des volksparteilichen Antrages ein Antrag der Kommunisten angenommen, der gegen die Verfügung des Wohlfahrtsministeriums zur Bevorzugung der Beamten bei der Wohnungszuteilung scharfsten Protest erhebt und Aufhebung verlangt. In später Abendstunde gelangte sodann noch ein Mißtrauensantrag gegen den Bezirksbürgermeister, Genossen Mielig, zur Verhandlung. Ostrowski (KPD.) begründet den Antrag damit, daß Genosse Mielig, ohne die Berücksichtigung in der Bezirksverammlung abzuwarten, dem Magistrat den Etat eingereicht und damit seine Rechte überschritten habe. Stadtrat Dr. Gilmann wies als Vertreter des Bezirksamts diese Darstellung zurück, da dem Bezirksbürgermeister nach dem Gesetz Groß-Berlin ein solches Recht durch-

aus zusteht und diese Handlung nur auf Anforderung des Magistrats und im Interesse des Bezirkshaushalts erfolgt sei. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und Deutschnationalen durch Übergang zur Tagesordnung erledigt.

### Ein künstlicher See.

— Birkenwerder, das zu den landschaftlich besonders bevorzugten Paraden Berlins gehört, ist um eine Sensation reicher geworden. In allernächster Nähe des Ortes — in 15 Minuten durch den Wald zu erreichen — liegt das reizvolle Tal der Briesse. In diesem Bachtal ist in unmittelbarer Nähe der Kolonie Briesse ein von Menschenhand geschaffenes Werk entstanden, das Beachtung verdient. An einer Stelle, wo sich noch vor wenigen Monaten ein unpflanzbarer Morastboden befand, ist ein 10000 Quadratmeter großer künstlicher See mit einer Badeanstalt entstanden. Über vier Monate haben durchschnittlich täglich 50 Arbeiter 16000 Kubikmeter Erdmassen bewegt. Der Grund des neuen Sees, der von der Briesse unaufhörlich durchströmt wird, besteht aus reinem hellen Sand. Röhrläusen umgeben die Badeanstalt, die 60 Umkleekabinen und den Aufenthaltsraum für den Bademeister, einem gepflanzten staatlichen Schwimmbaum, enthält. Die Kabinen dienen nur zum Umkleiden. Die Garderobe selbst wird in einem separaten Haus abgegeben, in dem für 500 Anzüge Platz ist. Erwähnenswert ist noch, daß von der 10000 Quadratmeter großen Wasserfläche 3000 Quadratmeter auf den Nichtschwimmerteil entfallen, daß ein Springturm und eine 50-Meter-Vereinsbahn vorhanden ist. Die Tiefe des Sees beträgt durchschnittlich drei Meter. Am Mittwoch wurde die Badeanstalt im Beisein von Vertretern der Behörde, des Stadtratsamtes und der Presse eröffnet.

### Wohnungsbau und Eheschließungen.

In Berlin werden im Jahre etwa 30 000 Ehen geschlossen. Wohnungen werden in diesem Jahre rund 12 000 fertiggestellt. Die Zahl der Eheschließungen ist also ganz erheblich größer als die Zahl der neuen Wohnungen, die gebaut werden. Reht als die Hälfte aller geschlossenen Ehen hat keine Aussicht auf eine eigene Wohnung. Daraus entstehen Zustände, die auf die Dauer unerträglich werden. In diesem Jahre werden gegenüber den vorhergehenden Jahren noch verhältnismäßig viel Wohnungen gebaut. Das Mißverhältnis zwischen Wohnungsbau und Eheschließungen sah seit Kriegsausbruch bis 1925 noch viel schlimmer aus. So wurden z. B. in Reutheim

Jahr	Wohnungen hergestellt	Ehen geschlossen
1912	2792	2514
1915	138	1064
1917	7	1639
1919	90	3407
1922	39	3375
1924	40	2113

Für Charlottenburg ergibt die Gegenüberstellung ein ähnliches Bild:

Jahr	Wohnungen hergestellt	Ehen geschlossen
1912	2565	3221
1919	76	457
1922	267	407
1924	312	287

Aus der Gegenüberstellung geht hervor, daß die Zahl der Eheschließungen die des Wohnungsbauens ganz erheblich übersteigt. So ist die große Zahl der Wohnungsjugendlichen entstanden, die nach dem Auszug von Auswärtigen vermehrt wurde. Nach der Statistik sind in Berlin rund 100 000 Wohnungsjugendliche vorhanden. Diese Zahl muß sich selbstverständlich noch mehr vergrößern, wenn nicht mehr Wohnungen als bisher gebaut werden.

Der Berliner Volks-Chor (Dirigent Dr. Zander), Berlins größter gemischter Arbeiterchor, verleiht seinen 22. Jahresbericht. Aus ihm geht hervor, wie schon jetzt alle kulturellen Bestrebungen der Arbeiterschaft unter der Arbeitslosigkeit leiden müssen; auch die sonst oft überfüllten Volkskonzerte waren nur möglich, weil die Chor bei den großen Konzertveranstaltungen für Orchester und Solisten ein Defizit nicht zu vermeiden war. Trotzdem will der Chor auch im kommenden Winter ein ebenso umfangreiches wie schönes Konzertprogramm durchführen versuchen. Es sind drei große Chorwerke in Aussicht genommen. Gleich nach dem zu Pfingsten in Brandenburg veranstalteten Gausangsfest wird der Chor mit den Vorbereitungen zum ersten Chorconcert beginnen, das eine Auswahl kleinerer Chorwerke bringen soll (Wagners Siegesgang von Schubert, Ränne von Brahms, Wanderers Sturmlied von Rich. Strauß und die Walspurnisnacht von Mendelssohn). Darauf soll im zweiten Konzert die Johanna-Passion von Bach folgen und das letzte wird Fausts Verdamnung von Berlioz bringen, welches Werk auch auf dem ersten deutschen Arbeiterängerkongress in Hannover vom Chor gelungen werden wird. Auch die A-cappella-Bereinigung des Chors plant mehrere eigene Konzerte. — Die Elementarkurse für neuereintretende Mitglieder ohne Notenkenntnisse sollen im Herbst wieder in mehreren Klassen aufgenommen werden, während die Vorgesrittenen in einem Fortbildungskurs vereinigt werden. Alle Kurse und Chorproben finden im Andreas-Realgymnasium, Kopenstrasse 76, statt; die Kurie und A-cappella-Proben Montags, die großen Chorproben Freitags von 8-10 Uhr. — Noch mehr als durch die eigenen Konzerte wurde der Volkschor im abgelaufenen Jahr durch Mitwirkungen in Anspruch genommen, darunter allein dreimal die Reunite Sinfonie von Beethoven. Für die neuen Mitglieder wird dies Werk vom 4. Juni ab jeden Freitag von 8-8 1/2 Uhr geübt werden. Die Aufnahme neuer Mitglieder findet Freitags in den Chorproben statt; der Monatsbeitrag beträgt einschließlich Zeitungsubskription 1,10 M. Es liegt zu hoffen, daß der Volks-Chor, der im abgelaufenen Jahr keine Einbuße an singenden Mitgliedern erlitt, durch zahlreiche neue Mitglieder vergrößert werden wird, um alle großen Pläne im kommenden Winter in gewohnter Weise durchführen zu können.

# FRITZI MASSARY

jetzt auch ohne Mundstück!

DIE UNVERGLEICHLICHE

URTEILEN SIE SELBST!

Achtung Abteilungsleiter! Auf vielfache Anfragen...

2. Kreis Kiergärten, Sonnabend, den 12. Juni, abends 8 Uhr...

Heute, Freitag, den 11. Juni: 20. Abt. Ab 5 Uhr Flugblätter...

Morgen, Sonnabend, den 12. Juni: 2. Abt. Treffpunkt zur Flugblattverteilung...

18. Abt. 1/2 Uhr Flugblattverteilung von den bekannten Soldaten aus...

17. Abt. 6 Uhr Flugblattverteilung von den bekannten Soldaten aus...

16. Abt. 1/2 Uhr Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

15. Abt. 1/2 Uhr Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

14. Abt. 1/2 Uhr Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

13. Abt. 1/2 Uhr Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

12. Abt. 1/2 Uhr Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

11. Abt. 1/2 Uhr Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

10. Abt. 1/2 Uhr Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

9. Abt. 1/2 Uhr Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

8. Abt. 1/2 Uhr Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

7. Abt. 1/2 Uhr Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

6. Abt. 1/2 Uhr Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

5. Abt. 1/2 Uhr Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

4. Abt. 1/2 Uhr Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

3. Abt. 1/2 Uhr Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

2. Abt. 1/2 Uhr Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

1. Abt. 1/2 Uhr Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

Musikaufträge: Überlegt man nur dem Kaufmann...

23. Abt. Treffpunkt, Sonntag, den 12. Juni, Sonntagmorgen nach...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

22. Abt. Am Sonntag, den 6. Juni, verstarb nach kurzem schweren...

Für das Volk - Gegen die Fürsten! Öffentliche Kundgebungen:

Heute, Freitag, den 11. Juni: Mitte (3. Abt.): 7 1/2 Uhr im großen Saale...

Morgen, Sonnabend, den 12. Juni: Oberknechtel: 8 Uhr Demonstration...

21. Abt. Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

20. Abt. Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

19. Abt. Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

18. Abt. Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

17. Abt. Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

16. Abt. Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

15. Abt. Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

14. Abt. Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

13. Abt. Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

12. Abt. Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

11. Abt. Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

10. Abt. Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

9. Abt. Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

8. Abt. Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

7. Abt. Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

6. Abt. Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

5. Abt. Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

4. Abt. Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

3. Abt. Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

2. Abt. Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

1. Abt. Treffpunkt der Genossen zur Propagandaarbeit...

Die einzelnen Parteien werden darin weiters, der arbeitenden...

Fußballspiele am Raft: Am Sonntag, den 12. Juni, findet im Grünwaldstadion...

Table with columns for Berlin, Gieseler (Stralau), Kumbus (Stralau), etc.

Beginn des Spiels nachmittags 4 Uhr. Zur Unterhaltung...

Am Sonntag, 12. Juni, finden in Berlin auf dem Formosa-Platz...

1. Kreis, Turner und Turnerinnen. Die Freilichtspiele...

2. Kreis, Turner und Turnerinnen. Die Freilichtspiele...

3. Kreis, Turner und Turnerinnen. Die Freilichtspiele...

4. Kreis, Turner und Turnerinnen. Die Freilichtspiele...

5. Kreis, Turner und Turnerinnen. Die Freilichtspiele...

6. Kreis, Turner und Turnerinnen. Die Freilichtspiele...

7. Kreis, Turner und Turnerinnen. Die Freilichtspiele...

8. Kreis, Turner und Turnerinnen. Die Freilichtspiele...

9. Kreis, Turner und Turnerinnen. Die Freilichtspiele...

10. Kreis, Turner und Turnerinnen. Die Freilichtspiele...

11. Kreis, Turner und Turnerinnen. Die Freilichtspiele...

12. Kreis, Turner und Turnerinnen. Die Freilichtspiele...

13. Kreis, Turner und Turnerinnen. Die Freilichtspiele...

14. Kreis, Turner und Turnerinnen. Die Freilichtspiele...

15. Kreis, Turner und Turnerinnen. Die Freilichtspiele...

16. Kreis, Turner und Turnerinnen. Die Freilichtspiele...

17. Kreis, Turner und Turnerinnen. Die Freilichtspiele...

18. Kreis, Turner und Turnerinnen. Die Freilichtspiele...

19. Kreis, Turner und Turnerinnen. Die Freilichtspiele...

20. Kreis, Turner und Turnerinnen. Die Freilichtspiele...

21. Kreis, Turner und Turnerinnen. Die Freilichtspiele...

22. Kreis, Turner und Turnerinnen. Die Freilichtspiele...

23. Kreis, Turner und Turnerinnen. Die Freilichtspiele...

24. Kreis, Turner und Turnerinnen. Die Freilichtspiele...

25. Kreis, Turner und Turnerinnen. Die Freilichtspiele...

26. Kreis, Turner und Turnerinnen. Die Freilichtspiele...

27. Kreis, Turner und Turnerinnen. Die Freilichtspiele...

Large advertisement for 'ES GIBT KEINE FRAU' and 'WESHALB?' featuring 'Das hohe C' cigarettes.





den sind. Für uns bedeutet dieser Vertrag keine Abwendung von der Westorientierung zur Ostorientierung. Wir vermögen keinen Unterschied zwischen diesen beiden Orientierungen zu machen. Für uns bedeutet der neue Vertrag eine Ergänzung des Locarno-Vertrages. Er bedeutet die Möglichkeit, zwischen dem Osten und dem Westen eine Brücke zu schlagen.

Dieser Vertrag besitzt auch keinerlei Spitze gegen Polen, wir hoffen und wünschen, daß es nunmehr auch möglich sein wird, vielleicht unter den veränderten innerpolitischen Verhältnissen in Polen besser als bisher, zu einer Verständigung auf handelspolitischen und sonstigen Gebieten auch mit dem polnischen zu gelangen.

Unser Wunsch geht dahin, daß der Vertrag, dem wir unsere Zustimmung geben, sich als das auswirkt, als das wir ihn sich auswirken lassen möchten: Als ein Glied in der Kette jener Abmachungen, die den Frieden Europas und den Frieden der Welt garantieren sollen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Hoehsch (Dnatl.) begrüßt gleichfalls den Vertrag. Es sei zu wünschen, daß damit die Spannungen im deutsch-russischen Verhältnis aufhören und daß auch die polnische Politik sich auf die Linie der Verständigung einstelle.

Abg. Graf zu Reventlow (Völk.) stimmt dem Vertrag zu, er wendet sich aber gegen die Auffassung, daß Deutschland eine Brücke zwischen West und Ost sein solle.

Abg. Schneller (Komm.) verliest eine außerordentlich lange Erklärung, in der den deutschen Vätern der Vorwurf gemacht wird, daß sie Rußland überverteilen wollten. Die Außenpolitik der Regierung sei nicht geeignet, das in dem Vertrag zum Ausdruck gebrachte Freundschaftsverhältnis zwischen Rußland und Deutschland zu sichern.

Damit ist die erste Lesung beendet. Die zweite Beratung geht ohne Aussprache vorüber. In der dritten Lesung nimmt

Abg. Korsch (Widkommunist) das Wort, um im Namen der „Internationalen Kommunisten“ zu erklären, daß Verträge von dieser Art für die Arbeiterklasse nichts wert seien, sondern daß sie den Kampf um ihre Befreiung nur auf dem Boden des Klassenkampfes führen könnten. Die kommunistische Partei und die Sowjet-Regierung hätten die revolutionären Prinzipien von Marx und Lenin verlassen.

Der deutsch-russische Vertrag wird darauf in dritter Beratung endgültig fast einstimmig angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der 2. Beratung der Novelle zum Reichsknappschußgesetz. Der Antrag Dr. Roldenhauer, der die paritätische Befreiung der Verwaltungskörperschaften verlangt, wird in namentlicher Abstimmung mit 245 gegen 123 Stimmen abgelehnt.

Die noch ausstehenden Artikel des Gesetzentwurfs werden nach den Beschlüssen des Ausschusses mit unwesentlichen Änderungen in zweiter Beratung angenommen.

Um 4 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag sowie das Ausschlußabkommen mit Frankreich.

## Reform des Strafvollzugs.

Abchluss der Justizdebatte im Landtag.

Im Landtag kam es gestern, wie wir schon in einem Teil der Abendausgabe mitteilten, zu einem schweren Tumult, da Abg. Bied (Komm.) bei der Begründung eines Antrags zum Hindenburg-Brief eine vollkommen unparlamentarische Tonart gegen den Reichspräsidenten anschlug, und die Deutschnationalen diese Riposte durch Riposten zu überbieten versuchten. Abg. Bied erhielt drei Ordnungsrufe. Die Sitzung wurde zweimal unterbrochen und in einer Zwischentagung des Ältesten-Ausschusses festgestellt, daß Bied beim Abtritt von der Tribüne Beleidigungen gegen Hindenburg ausgestoßen hatte, die im Lärm

### Elsaß-Lothringer, Ostmärker, Oberschlesier, Auslands- und Kolonialdeutsche!

Was gab man Euch bisher an Entschädigung? Was will man den Fürsten geben?

Antwort gibt Euch die Versammlung am Sonntag, den 13. Juni 1926, vormittags 10 Uhr, im Lehrer-Vereinshaus, Alexanderstr. 41

Redner: Schirmer - Dresden, MdR. Vorsitzender des 22. Reichstags- (Entschädigungs-) Ausschusses. SPD-Berlin.

der Rechten untergingen, und so weder dem Präsidenten gehört, noch in das Protokoll aufgenommen wurden. Bei Eröffnung der dritten Sitzung gibt Präsident Bartels hiervon Kenntnis und fügt hinzu, wenn er die letzten Äußerungen des kommunistischen Abgeordneten gehört hätte, würde er schärfere Maßnahmen ergriffen haben.

Hierauf wird die Justizdebatte fortgesetzt. Die Ausführungen des Abg. Meyer-Herford (D. Sp.) gehen anfangs im Lärm des Hauses verloren. Der Redner verlangt Maßnahmen für die Justizbeamten. Auch die Deutsche Volkspartei wüßte einen modernen Strafvollzug und zunächst einmal die Durchführung der dafür vom Landtag jetzt aufgestellten Richtlinien. Die Fürsorge für die entlassenen Strafgefangenen müsse der Privatinitiative überlassen werden.

Abg. Lüdicke (Dnatl.) begründet den schon im Ausschuss angenommenen Antrag seiner Partei, daß die Verzinsung der kraft Rückwirkung nach dem Aufwertungsgezet wieder eingetragenen Hypotheken spätestens vom 1. April 1926 einheitlich eintritt.

Abg. Schmidt-Düffeldorf (S.) verlangt, daß auch in Preußen Versuche angestellt werden, den Strafvollzug stufenweise durch Vergünstigungen zu mildern und schließlich den Uebergang in die Freiheit vorzubereiten. Der Strafvollzug in Stufen müsse im Mittelpunkt der ganzen Reform stehen. Zeigt eine innere Wandlung der Gefangenen Besserungsfähigkeit und -willigkeit, so muß er in eine günstigere Stufe kommen. Auf Verstand, Gemüt und Willen des Gefangenen muß eingewirkt werden, um ihn zur Besserung zu bringen. An der Spitze größerer Anstalten müssen

Männer stehen, die auch wirklich eine Ahnung von Erziehung haben. (Sehr wahr! im Zentrum und links.)

Abg. Kasper (Komm.) begrüßt die Ausführungen des Vorredners, die von Humanität getragen seien. Leider blieben die Beschlüsse auf humanere Gestaltung des Strafvollzuges durchweg auf dem Papier stehen.

Staatssekretär Frihe gibt eine kurze Beantwortung der kommunistischen Anfrage über die Behandlung des Strafgefangenen Burg in der Strafanstalt Wartenburg i. Ostpr. Er macht des Weiteren auf die finanziellen Schwierigkeiten den Anträgen auf Vermehrung der Beamten gegenüber aufmerksam. Mit dem Urlaub von Gefangenen habe man schlechte Erfahrungen gemacht; so seien z. B. zwei Gefangene in Gollnow nicht rechtzeitig wieder zurückgekommen. (Zuruf des Abg. Wenzel-Halle (Komm.): Die Beurteilungen sind alle pünktlich zurückgekommen; das war nur nicht der Fall bei zwei Leuten, die keinen Urlaub erhalten hatten, und die ihn sich selbst genommen hatten! — Heiterkeit.) Nun, dann hätten sie wenigstens den selbstgenommenen Urlaub nicht weiter ausdehnen sollen.

Abg. Arted-Heizen (D.-Hannov.) wendet sich gegen die Konkurrenz, die die Gefangenenanstalten durch Vornahme aller Arten von wirtschaftlicher Tätigkeit der Privatwirtschaft, besonders dem Handwerk machen.

Abg. Kuffner (Soz.)

wendet sich gegen den Abg. Lüdicke (Dnatl.), der in seiner Rede das strafrechtliche Urteil in Sachen des Ministerpräsidenten Braun gegen die „Neuzeitung“ und das Disziplinarurteil in Sachen des Attachés Jänike einfach miteinander auf eine Stufe gestellt hatte, als ob ein Strafverfahren und ein Disziplinarverfahren das gleiche wären. Die Deutschnationalen sollten, wenn sie sich jetzt erfreulicherweise so stark für den Schutz der persönlichen Ehre einsetzen, nicht vergessen, daß der verstorbene Reichspräsident Ebert nicht weniger als 300 Prozesse gegen Verleumder hauptsächlich aus dem Lager der Rechten hat führen müssen, wobei die Richter für gewöhnlich Verstöße gegen die persönliche Ehre recht milde aufgefaßt hätten. Zu erinnern sei an den Fall eines Reichswehroffiziers, der vor versammelter Mannschaft behauptet hatte, die Frau Reichspräsident Ebert und Frau Roste hätten das gesamte Silber der Hohenzollern gestohlen und unter sich verteilt. Für diese Verleumdung, an der kein wahres Wort war und die sich gegen Frauen richtete, die mit der Politik nichts zu tun haben, ist der Reichswehroffizier zu 500 Papiermark Strafe verurteilt worden. Die Objektivität des deutsch-nationalen Abgeordneten Stendel gebe daraus hervor, daß er einmal erklärt habe, Antisemitismus habe mit Politik nichts zu tun, und ein andermal begrüßt, daß Böttische, die in einer Synagoge die Fensterscheiben eingeschmissen hatten, auf Grund politischer Unmündigkeit Straferlass bekommen haben. Für solche Objektivität eines Richters könne man sich bedanken.

Nach einer Einzelberatung des Justizetat und der zweiten Beratung des Entwurfs über die Erweiterung und Einschränkung des Fischereihafens zu Wesermünde stimmte das Haus der Vorlage, die weitere 13 Millionen bereit stellt, in dritter Lesung und in der Schlussabstimmung einstimmig zu.

Um 8 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag, den 22. Juni, 12 Uhr: Zweite Lesung des Polizeietats.

# Kein Stillstand!

weitere aufsehenerregende Warenverbilligung!

**3 Serien**  
**Bade-Kappen**  
aus gutem Garn  
**75, 50, 25 Pt.**

**Bade-Anzüge** 95 Pt.  
für Damen u. Herren 1.80, 1.40

**Untertailen** 50 Pt.  
mit Stickerei

**Frott-Handtücher** 75 Pt.  
guter Frottestoff 1.40, 1.10

**Hemdenpassen** 25 Pt.  
mit Träger

**Kleiderkragen** 25 Pt.  
Opal mit Spitze

**Valencien-Spitze** 50 Pt.  
weiß mit oder 1/2 Mtr. Comp.

**Leder-Sportgürtel** 50 Pt.  
für Herren

**Kleider-Mousseline** 50 Pt.  
bläulich-Druck, Mtr. 83, 78

**Fresko-Appothek-Appothek** 95 Pt.  
Pantofelbarben Mtr.

**Frotté-Appothek** 95 Pt.  
garniert Mtr. 3.40

**Kleider-Volle** 95 Pt.  
ca. 300 cm breit Mtr.

**Pa. Schweizer Vollvolle** 1 95  
ca. 300 cm breit, in den neuen  
Mastern Mtr. 3.40

**Große Posten Wollmousseline** 1 45  
mit Muster Mtr. 1.80

**Wollbafist** weiß und farblich 1 95  
Mtr. 3.78

**Reinwollene Popeline** 3 95  
elastisch, doppeltbreit Mtr.

**Handtücher** 25 Pt.  
garniert

**Hemdentuch** 80 cm breit 50 Pt.  
stärkliche Qualität Mtr.

**Kaffeedecken** 1 45  
kariert

**Hustuch** weiß Baumwolle 1 45  
kräftige Qualität Mtr.

**Bett-Garnitur** kariert 6 95  
Wäschezeug, Deckbett u. 2 Kissen

**Jaquard-Handtücher** 95 Pt.  
volle Größe, Halbtuch

**Bett-Garnituren** reich 8 95  
bestickt, Deckbett u. 2 Kissen

**Großes Sonder-Angebot!**  
**Wasch-Seide** 1<sup>65</sup> Meter 1<sup>30</sup> Meter **95 Pt.**  
(Kunstseide) ohne Karo u. Streifen

**Best-Seide** 1 95  
(Kunstseide) naturfarbig Mtr.

**Best-Seide** 2 25  
reine Seide, naturfarbig Mtr. 3.00

**Das große**  
**Wäsche-Angebot**

**Mädchen-Hemden** 65 Pt.  
aus gutem Wäschezeug, 80, 88

**Knaben-Hemden** 85 Pt.  
kräftiges Wäschezeug 1.80

**Hemdchusen** 95 Pt.  
garniert

**Taghemden** 95 Pt.  
oder Beinkleider

**Damen-Nachthemden** 1 95  
oder Prinsesschen

**Herren-Taghemden** 2 95  
aus kräftigem Wäschezeug

**Mousseline- oder Zephir-Kleider** 2 95 1 95

**Wasch-Kleider** 16 75 12 75  
(Kunstseide) Origin. Hamburg & Göttingen

**Allwetter-Mantel** 29 75 19 75  
kurzweilig langarm.

**Wasch-Kasaks** 4 95 3 95  
(Kunstseide) kariert

**Sport-Kostüme** 14 75  
auf Selbstvergnügen

**Rips-Mantel** 29 75 19 75  
ohne Walle

**Wasch-Kleider** 3 95 2 95  
(Kunstseide) kariert

**Lederol-Mantel** 16 75  
doppeltbreit

**Selden-Mantel** 19 75  
(Kunstseide, Hygiene)

**Riesenschürzen** 50 Pt.  
Mädchen- u. Knabenschürzen

**Schürzen** 95 Pt.  
Jungen- oder Wienerform, zum Auswaschen

**Hauskleider** 1 95  
Bepfl.

**Schulschürzen** 95 Pt.  
aus gutem Stoff, alle Größen 1.40

**Selbstbinder** 50 Pt.  
modernes Muster

**Schleifenbinder** 25 Pt.  
aus bläulichem Stoff, alle Größen

**Strickbinder** 25 Pt.  
aus Baumwolle

**Kinder-Schlüpfer** 50 Pt.  
Größe 30-40 Paar

**Herren-Socken** 25 Pt.  
best. Paar

**Damen-Strümpfe** 78 Pt.  
Seidenhaar, ca. 11, Seidestrich, Paar

**Herren-Socken** 95 Pt.  
gute Flor-Qualität Paar

**Damen-Strümpfe** 95 Pt.  
Seidenhaar Paar

**Untertailen** 78 Pt.  
gestrickt, 1/2 oder ganzer Arm

**Kinder-Leibchen** 50 Pt.  
sehr gestrickt

**Windel-Höschchen** 25 Pt.  
gestrickt

**Büstenhalter** 50 Pt.  
Qualität, gewebt, Tricot

**Hemdchusen** 95 Pt.  
gestrickt 1.40

**Kinder-Anzüge** 95 Pt.  
sehr gestrickt 1.40

**Schlupf-Hosen** 95 Pt.  
viele Sommerfarben

**Herrenkragen** 50 Pt.  
Bek.- u. Stützungsformen, alle Größen 4-fach, Kato

**Kunsts. Prinzbrocke** 1 95  
oder Handboven

**Mur in der Turmstraße**

**1 Paar Eßbestecke** 25 Pt.  
mit schwarzen Heft

**1 Paar Aluminium** 50 Pt.  
Eßbestecke

**Müllschaufel** lackiert 35 Pt.

**Gebäckkasten** lackiert 1 95  
mit Dekoration

**Brotkorb** sehr lackiert 95 Pt.  
mit Dekoration

**Küchenspiegel** mit 25 Pt.  
kräftige Holzrahmen

**6 Alum.-Kaffeelöff.** 25 Pt.

**Kaffeeteller Porzellan** 25 Pt.  
dekoriert

**3 Abendbroteller** 95 Pt.  
Porzellan, weiß, ca. 20 cm

**3 Porzellan-Tass.** 95 Pt.  
Blau, dek. u. Dekorieren, aus

**Porzellan-Vasen** 50 Pt.  
modern dekoriert, Stück 25

**Handfeger** lackiert 50 Pt.

**Tablets Buchholz** 50 Pt.  
lackiert

**Kompott-Schüssel** 50 Pt.  
Glas, ca. 24 cm

**Kernseife** ca. 100 gr. 95 Pt.

**6 Bleig.** 95 Pt.  
oder Leinwand

**Frauenstolz** 95 Pt.  
Bleifarbe

**Lanolinseife** Kato 50 Pt.  
3 Stück

# LINDEMANN & CO. AKT. GES.

Berlin, Seifeneberg Hauptstr. 149/150 Berlin, Landsberger Allee 29 Berlin, Turmstr. 15

# ATA

**Henkel's Scheuerpulver**  
Mit Ata kannst du alle Sachen  
Blitzblank und appetitlich machen.

**Theater, Lichtspiele usw.**

**Staats-Theater**  
Opernhaus  
a. Platz d. Republ.  
7 1/2 Uhr: Troubadour  
Schauspielhaus  
8: Die Welt, in der  
man sich langweilt  
Schiller-Theater  
8 U.: Nickel und die  
36 Gerechten

**Städtische Oper**  
Charlottenburg  
7 Uhr:  
**Fatinitza**  
Abonn.-Turnus I

**Deutsches Theater**  
Norden 10334-38  
Gastspiel: Kuhnert  
8 1/2 Uhr:  
**Max Adalbert**  
in  
**Das Ekel**  
Sommerpreise

**Die Komödie**  
Bismarck 2414, 2516  
8 1/2 Uhr:  
**Weck- und**  
(Ueber'n Sonntag)  
Sommerpreise

**Central-Theater**  
8 Uhr: **Eva Bonheur**  
Ilka Grünig

**Rose-Theater**  
8 1/2 Uhr: Ehre deine  
Mutter. — Gartenb.  
7 1/2 U.: Die genb. Jungfrau

**Baronky-Bühnen**  
Sommerpreiszeit  
Theater  
Königsplatz, Str.  
T. Hasenheide 2110  
8 Uhr:  
**Gefallene Engel**

**Komödienhaus**  
Teil Norden 6304  
8 Uhr:  
**Der Garten Eden**

**Realdeux-Theat.**  
8 1/4 Uhr:  
**Herz contra Herz**  
Eugen Rex, Metelka

**Deutsches**  
**(Kunst-)Theater**  
Tagl. 8 Uhr:  
**Der tröstliche**  
**Weinberg**  
Th. a. Schiffbauerdamm  
Tagl. 8 Uhr:  
**Reddahn od. Die**  
**neue Fassade**  
**Walner-Theater**  
8 Uhr:  
Der heilige Brunnen  
Bianco Ponneta  
Erweckung

**Internal**  
**Varieté**  
Sonntags 3.30 zu  
ermäß. Preisen d.  
voile Programm  
Theaterkasse:  
**Lützow 2557**

**Volksbühne**

Theater am Bülowplatz Th. am Schiffbauerdamm  
7 1/2 Uhr: 8 Uhr:  
**FAUST Die Freier**  
Morgen 8 Uhr: Morgen 8 Uhr:  
**Judith Die Freier.**

**Komische Oper**  
8 1/4 Dir. James Klein 8 1/4  
**Berlin ohne Hemd!**  
Die gewaltigste Revue  
200 Mitwirkende  
**Sommerpreise**

**Circus**  
**BUSCH** nur noch 3 Tage  
Sonntag auch 3 U. A.  
Schluss unwiderruflich Sonntag, 13. Juni  
2 Sonntag, 13. Juni, 3 + 7 1/2 Uhr 2  
Das große Abschiedsorogr. u. ungekürzt  
„Es klappert die Mühle von Sanssouci“  
Erstmalige Halbpreise/Kleine Abendpreise  
25 Pf. d. 2.75 M. LL. 50 Pf. bis 4 M. I. Loge  
Morgen 7.5. Jubel-Aufführg. Es klappert  
Sonnd. 7.5. Jubel-Aufführg. die Mühle

**Reichshallen-Theater**  
Abends 8 Uhr  
**Stettiner Sänger**  
New!  
**Ein Hausball bei Meyer's**  
Dönhoff-Brett (Gast u. Gast.)  
Varieté! — Konzert! — Tanz!

**Rennen zu Hoppegarten**  
Freitag, den 11. Juni  
nachmittags 3 Uhr

**L. JUERGENS**  
ALEXANDER PLATZ  
die Fabrik  
für Kautschukwaren

**Neues Th. am Zoo**  
Tagl. 8 Uhr:  
**Der alte Dessauer**  
Operette in 3 Akten  
Charlé Vespermann  
Falk, Kiper, Godau,  
Strasien, Hainisch  
Preise 0.50 bis 6 M.

**Casino-Theater**  
Letzte Woche  
8 Uhr:  
Das verlorne Paradies  
Gutschein 1-4 Pers.  
Bei Vorzeigung der  
Annonce zahlen Sie  
Faut. u. Balkon 1 M.  
Loge u. Sessel 1.50

**Theater a. Kottb. Tor**  
Tagl. 8 Uhr:  
**Elite-**  
**Sänger**  
Sie hören  
wirklich Tränen

**Berliner Theater**  
Tagl. 8 1/4: Donner-  
wetter, ganz famos  
bringt **ERFOLG!**

**Inferieren**

**PERFLOR ist besser**



unbedingt besser  
als irgend ein Waschmittel,  
das Sie bisher benützten.  
Perflor ist das einzige milde, selbst-  
tätige Waschmittel,  
weil es das einzige ohne Soda und Wasserglas  
ist, das schonend eine blendend weiße Wäsche,  
die Erhaltung auch empfindlicher Farben und  
zarter Gewebe verbürgt.  
Es ist bequem und billig,  
es spart Einseifen, Drett und Bürste, mühsames  
Reiben, zweites Kochen der großen Wäsche,  
einmaliges nur 1/4 stündiges Kochen genügt.  
Perflor ist keine Seifenflode wie andere,  
denn es bleicht und entfernt jeden Fleck,  
Perflor, Glammer's D. N. P., die einzigen  
selbsttätigen Seifenfloden. Paket 45 Pfg.

HERSTELLER:  
KRAMER &  
FLAMMER,  
HEILSDORF 7/8



**WEGE ZU KRAFT UND SCHÖNHEIT**  
REGIE: WILHELM PRAGER

Manuskript: Dr. Nicholas Kaufmann  
**Erneuerte Ausgabe**

Hergestellt von der Kulturabteilung der Ufa  
**Uraufführung: Heute**  
**Ufa-Palast am Zoo**

*Handwritten-style text:*  
Günstigste  
Kaufmann  
Wirklich Tränen



- Damen - Strümpfe**  
Mako mit  
Seidengriff ..... **95** Pl.
- Damen - Strümpfe**  
echt Mako, schwarz und mo-  
derne Farben ..... **145**
- Damen - Strümpfe**  
prima Seidenflor, in mo-  
dernen Schub- und Kleider-  
farben ..... **175**
- Damen - Strümpfe**  
künstliche Seide, grosse  
Farbenauswahl, Ersatz für  
Tramaseide ..... **245**
- Herren-Socken**  
Baumwolle, ohne Naht,  
schwarz und moderne  
Farben ..... **65** Pl.
- Herren-Socken**  
gestreift und kariert, sehr  
fesche Muster ..... **85** Pl.
- Herren-Socken**  
Jacquardmuster, sehr ele-  
gante neue Dessins .. **115**

- Weiss Leinen-**  
**Schnürschuhe** **295**  
amerik. Absatz, Grösse 36-39
- Weiss Leinen-**  
**Spangenschuhe** **390**  
Kontless-Absatz .....
- Braun**  
**Rindbox - Herren-**  
**Halbschuhe** halbspitze **890**  
Form, weiss gedoppelt .....
- Braun echt**  
**Chevreau-**  
**Spangenschuhe** **1090**  
Kontless-Absatz .....

**Seisen**  
Eigene Fabrikation



## Zwölf Jahre Zuchthaus.

Novelle von Magdalena Eisenberg.

In einer abgelegenen Großstadtstraße verreckte, auf dem Pflaster liegend, ein Sterbender. Zeit und Raum lösten sich ihm in eine letzte tiefe Ohnmacht auf.

Kam ein nächtlicher Wanderer die Straße hinab. Summte ein Vieh, träumte in jenem halbawachen seltsamen Dufelzustand die Erlebnisse des Abends weiter und gelangte zu der Stelle, wo im matten Laternenlicht der aus vielen Stichwunden blutende tote lag.

Herbert Steinmann blieb erwachend stehen. Beugte sich über den Mann am Boden, dachte an Hilfe, griff aus Versehen mit den Händen in eine Blutlache, fühlte ein Nieseln im Rücken und richtete sich langsam empor mit dem Gedanken im verträumten Hirn: der Kernte gibt kein Lebenszeichen mehr von sich, man müßte feststellen, wer er ist, ihn nach seiner Wohnung schaffen, man...

Schritte kloppten durch die in diesem abgelegenen Viertel stille Nacht. Herbert Steinmann erkannte einen Polizisten. Gut, dachte er und wartete, um den Beamten aufzuklären. Aber der schoß plötzlich sprunghaft vor und Herbert Steinmann fühlte sich eifern an der Schulter gepackt, die andere Hand des Polizisten umklammerte ebenso eifern seinen Unterarm, und wie Donnerschläge hallten die Worte:

„Sie sind verhaftet!“  
„Aber mein Herr,“ rief Steinmann fassungslos, „Sie irren sich!“  
„Still!“

„Sie irren sich. Ich habe den toten Mann soeben hier gefunden und wollte Hilfe holen.“

„Ach was, das wird sich ja herausstellen!“ sagte achselzuckend der Beamte. „Jetzt folgen Sie mir zur Wache! Alles Weitere wird sich finden.“

Alles Weitere, dachte Herbert erregt, und diese Worte wurden zum Gespenst. Für ihn lag „alles Weitere“ in den Händen der jungen Tochter seines Vorgesetzten, und schlaglichtartig kam ihm die Erkenntnis, wie enorm ihn dieser nächtliche Vorfall schädigen würde, seinem Nebenbuhler, der sich ebenso eifrig wie er um Schön Waldtrauts Gunst bewarb, Gelegenheit geben müßte, ihn zu diskreditieren und sich selber einzudringen — nein, um keinen Preis durfte er sich jetzt verhaften lassen, daß sein Name durch die Zeitungen gejagt würde in einer so dunklen Angelegenheit — nein, nein!

„Lassen Sie mich los!“ sagte er brüsk und versuchte den Arm aus der eisernen Umklammerung frei zu bekommen. „Lassen Sie mich los. Sie irren sich und bringen mich unnötig in eine unangenehme Situation. Ich habe eine wichtige Reise vor und kann mich jetzt nicht mit gerichtlichen Scherereien aufhalten. Als Zeuge kann ich gar nichts nützen, denn ich weiß nicht mehr als Sie selbst. Also...!“

Aber eher hätte Herbert Steinmann eine Marmorstatue bewegen können, als diesen Mann des Befehles, der sich seiner Pflicht bewußt war. Jetzt hielt ihn dessen athletische Faust, während die andere Hand etwas Biantes zum Munde führte. Schrill durchpeitschte ein Pfiff die Luft. „Hilfe!“ rief Herbert Steinmann gewarnt, „Hilfe! Man vergewaltigt mich.“ Und plötzlich die wahrstimmige Angst: wenn man mich für den Mörder hält! Diese Angst gab Kraft. Herbert riß sich los.

„Halt, oder ich schleße!“ rief der Polizist, fühlte aber unermartet einen heftigen Stoß vor die Brust, taumelte, empfand sekundenlang dumpfen Anprall gegen die Stirn und stürzte bewußtlos zu Boden, während Herbert Steinmann davonstürmte.

Aber der Fliehende hörte nun auch die Pfeifensignale und laufende Schritte hinter sich, und da verlor er den Kopf, blieb unschlüssig stehen und wußte nicht aus noch ein. Und so wäre er doch noch den herbeieilenden Kameraden des Schutzmannes in die Hände gefallen, wenn er sich nicht plötzlich von hinten am Arm ergriffen und weitergezerrt gefühlt hätte, während ihm die fast gezielten Worte ins Ohr drangen: „Keine Furcht, keine Furcht! Vorwärts! Immer mir nach! Nicht umsehen! Voran! Voran!“

Wie blödsinnig leuchtete Herbert mit. Wie hypnotisiert. Er griff nach dem laufenden Unbekannten, als müßte er sich an ihn festklammern, und rannte blindlings drauf los, nicht wissend, wohin und in welchen Bindungen der Weg, den sie nahmen, lief. Der war eine Flucht durch enge Gassen, über niedrigen Zaun, — Garten? Hof? — Tennisplatz? Kino? Traum?

Aber dann wieder Straße. Und energisches Raunen des Führers, langsam zu gehen, sich nicht auffällig zu machen, ja zu schlendern, zu summen, zu trällern.

Und nun? Noch einen forschenden Blick die menschenleere Gasse entlang — unter die Brücke, vom breiten Pfeiler gedeckt. Tunnel? Durchfahrt? Hier diese Schuppen entlang. Güterbahnhof? Ah Schienen, Gleis. Schnell drüber weg! Vorstadt. Gärten, Chaussee. Wald. Ueber den Aker, dann sind wir am Ziel.

Sie waren in Sicherheit.

Herbert Steinmann lag auf dem etwas feuchten Waldboden mit von Wein zerfetzter Seele. Wie ein waidwundes Tier. In seinen Schläfen zuckte das ausgeblutete Blut wie ein Vorlepparat, hart und schnell. Und als dies unerträgliche Pochen allmählich nachließ, löste sich Herbert Steinmanns Nervenanspannung in einen heftigen Weinkrampf.

Es dauerte lange, bis er wieder sprechen konnte. Aber einflüßeln sagte er nichts.

Dann kroch er vorsichtig zu dem Unbekannten hin und sagte, ihn wie ein Rätsel betrachtend:

„Sie — Sie haben mir — geholfen. Aber warum taten Sie das?“

„Werden wir nicht pathetisch,“ sagte jener, leicht die Schultern hebend, „dazu ist dies Leben nicht geeignet. — hm. — Wenn ich pathetisch werden wollte, könnte ich sagen: ich habe Ihnen das Leben gerettet.“

Herberts Augen weiteten sich:

„Reimen Sie, er hätte mich erschossen?“

„Der Schutzmann? — hm. — Das wäre ja nicht schlimm gewesen.“

„Das wäre...?“

„Nicht schlimm gewesen, sagte ich. Philosophie. Kehren Sie sich nur nicht daran, lieber Kerl. Es wäre wirklich nicht so schlimm gewesen, als wenn er Sie nicht erschossen hätte. Dann hätte man Sie nämlich — hm — gefolpert. Und das ist viel unangenehmer.“

„Aber um Himmelswillen!“ rief Herbert Steinmann. „Sie glauben doch nicht etwa, daß ich mit jenem Morde irgend etwas zu tun habe? Bei Gott, ich dachte nur an meine Ehre und wollte...“

„Lieber Kerl,“ meinte der Unbekannte ab. „Daß Sie mit dem Morde nichts zu tun haben, weiß keiner besser als ich.“

## Nun werden wir sie dreschen!

Wilhelm, August 1914.



„Ich habe meine Beute schon!“  
Ruft voller Hohn die Inflation.

„Ob ich wohl in der andern Tasche“,  
Denkt Wilhelm, „was für mich erhasche!“



Der Michel aber dreht sich um  
Und sagt: „Ich bin nicht mehr so dumm.“

Der Wilhelm rennt davon und schreit:  
„Versucht! Der greift zum Volksentscheid!“

Der junge Mann fuhr zurück. Aber jener lächelte wiederum: „Fürchten Sie nichts. Ich tue Ihnen nichts. Ich bin zwar einer von denen, die die hohe Hermandad, wie die Spanier sagen, schon lange sucht, und der mit manchem Gefängniswärter sozusagen auf du und du steht...“

„So haben Sie etwa selber...?“ rief Herbert erstaunt und unangenehm berührt.

„Den Mann erstochen, meinen Sie?“ fragte der andere gleichmütig. Und dann, ein wenig lauernd: „Wie wäre es, wenn ich der Mörder wäre? — Dann müßte der junge Herr jetzt eigentlich schliefen, nicht aufstehen und mit dem — Verbrecher kein Wort mehr wechseln, wie? Es wäre ehrenrührig. — Oder ihn der Polizei melden, was?“

Herbert Steinmann fühlte sich vollkommen verwirrt durch diese sonderbare Art des Fremdlings. Er schwieg nachdenklich. Aber er empfand, daß er in dieser merkwürdigen Lage die Antwort nicht schuldig bleiben durfte. Daher begann er nach einer Weile leise:

„Rögen Sie sein, wer Sie wollen, — für mich sind Sie mein — Reiter, der mich aus einer sehr fatalen Lage befreit hat. Sie können sich wahrscheinlich gar nicht denken, wie wichtig es für mich war, nicht an die Dessenlichkeit gezeret zu werden. Wenn ich auch mit dem Morde nicht das geringste zu tun habe, so würde ich bei einer Gerichtsverhandlung doch angeben müssen, wie ich überhaupt in jenes Viertel kam und was ich dort eigentlich zu suchen hatte, und das — ja das wäre für mich äußerst fatal, kann ich Ihnen nur sagen. Ich bin Ihnen wirklich zu größtem Danke verpflichtet und werde ewig Ihrer in Dankbarkeit gedenken.“

„Sie sind ein junger Enthusiast,“ sagte der Unbekannte wohlwollend und freundlich. „Ich habe in Ihren Jahren ähnlich empfunden. Uebrigens: trösten Sie sich, Sie verschwenden Ihre Dankbarkeit an keinen Mörder.“

„Rein?“ sagte Herbert aufatmend.

„Rein, der Mörder jenes Mannes, den Sie in der Klostergasse fanden, bin ich nicht, trotzdem ich um den Mord einen Tag früher Bescheid wußte als Sie und er.“

Dem jungen Manne wurde immer unheimlicher zumute und infolge einer leichtverständlichen Nervenschwäche fühlte er sich so elend und hilflos wie ein Kind im Dunkeln. Er blickte seinen nächtlichen Reiter scheu von der Seite an, konnte aber nichts weiter erkennen als die stoppelige Unterpartie des Gesichts; die obere war durch einen tief auf den Kopf gedrückten Schlapphut verdeckt. Allmählich ließ erstes Morgendämmern die Sterne am Himmel verblasen.

Herbert Steinmann murmelte leise:

„Das ist alles so rätselhaft unheimlich.“

Nun lachte der Fremde leise, und es war in seinem Lachen wieder jenes Mitleid, das man Unmündigen gegenüber empfindet.

„Ihnen will ich es erzählen,“ sagte er dann zu dem laufenden jungen Manne, „denn Sie muß es interessieren. Und Sie werden mich nicht einmal anzeigen — obgleich ich davor wenig Furcht hätte — da Sie sozial Wert darauf legen, daß von Ihrem Aufenthalt in jenem Stadtviertel nichts an die Dessenlichkeit kommt. — Der Ermordete war der Kommerzienrat Werentzin, der gerade vom Spielklub kam und mindestens hunderttausend Mark bei sich haben mußte. Aber machen Sie doch nicht so ein jämmerliches Gesicht. Sind Sie nicht im Krieg gewesen? Können Sie kein Blut sehen? Ob es ist gewiß ein idealer Zustand, in dieser Hinsicht empfindlich zu sein und wie Goethe sagen zu können: für wen ist denn solch ein Gebot: du sollst nicht töten? Wer wird denn auf so einen Gedanken kommen

und wie kann man Kinder solche Gebote lehren? — Aber das Leben ist hart, junger Freund. Soll ich lieber schweigen?“

„Nein, nein,“ rief Herbert leise, er war ganz Spannung. Und jener fuhr fort:

„Wie gesagt, ich habe ihn nicht erstochen. Das hat mein Freund getan. Ich war dagegen, denn damit belastete er mein Konto. Darum ließ ich ihm auch den Raub gewissermaßen zur Entführung. Rachen Sie nicht wieder so ein erstauntes Gesicht. Philosophie des Zuchthaus, weiter nichts. Benignitäts meine. — Ja, ich ließ dem Mörder das Vergnügen, weil mir vor dem grauenhaften Akt ekleise. Aber ich unterstützte ihn bei seinem Vorhaben nicht nur theoretisch. Allerdings, ich muß zugeben, hätte ich gewußt, daß er so radikal verfahren würde, vielleicht... — Also kurz, ich wartete, in einem dunklen Haus auf der anderen Straßenseite verborgen, bis die Luft rein war, da mein Freund seine Tat ohne Zwischenfall erledigt hatte und seinerseits — vielleicht, um mich zu prellen — ohne mich das Weite gesucht hatte. Gerade wollte ich mich in Sicherheit bringen, als ich Sie kommen sah. Sie beugten sich über den Sterbenden, man hätte auch annehmen können, Sie untersuchten seine Taschen. Ich mußte natürlich, daß Sie es nicht taten, denn, wer etwas macht, macht das denn doch vorsichtiger, weil er das Risiko kennt, wenn man bei einer Leiche gefunden wird. Ich ärgerte mich über Sie, denn Sie waren mir bei meiner Flucht im Wege. Aber als dann der Schutzmann kam, wurde mir die Sache interessant — aus zwei Gründen, von denen ich Ihnen nur den ersten nennen werde, nämlich die Lust am Schauspiel. Das ist ja das einzige Ertröglische an diesem Leben, daß es gleichzeitig ein Theater ist.“

(Fortsetzung folgt.)

Geundheitswarten. Einen Gesundheitsdienst, der nach der Art der Wetterwarten eingerichtet ist, hat der Direktor der Gesundheitsabteilung von Illinois Dr. Isaac Rawlings ins Leben gerufen. Nach einer Mitteilung der New Yorker „Times“ hat er in den 44 wichtigsten Städten von Illinois „Geundheitswarten“ geschaffen, die seit Anfang Januar wöchentliche Berichte über das Land verbreiten. Es werden regelmäßig die Zahl und die Verteilung der gemeldeten Fälle von ansteckenden Krankheiten auf Karten eingezichnet, und auf Grund dieser Mitteilungen können die Gesundheitsbeamten Gefahren erkennen, die ihren Bezirken drohen und Abwehrmaßnahmen ergreifen. „Die Epidemien,“ sagt Dr. Rawlings, „sind für uns nicht mehr geheimnisvolle Ausbrüche von Krankheiten, sondern wir sind imstande, das Herannahen von Ansteckungsgefahren mit derselben Genauigkeit voranzusagen, wie das Eintreten von Veränderungen der Witterung. Wie ein Sturm oder Gewitter aus den Schwankungen des Barometers vorhergesehen werden kann, so ist der Weg einer Epidemie durch die Feststellung nicht isolierter Fälle und durch die Menge und den Verlauf der Krankheiten festgelegt. Auf der Grundlage der regelmäßigen Berichte, die von unseren Gesundheitswarten ausgehen werden, sind die Behörden in der Lage, Vorsichts- und Schutzmaßnahmen gegen die Einschleppung oder Verbreitung der Ansteckung in den Bezirken zu veranlassen, die ihrer Obhut anvertraut sind.“

Die Bevölkerung Japans. Das Inselreich Japan zählt heute 59 736 764 Einwohner, wobei die Kolonien nicht einbezogen sind. Das bedeutet eine Bevölkerungszunahme von 3 700 000 Menschen innerhalb einer Zeit von 5 Jahren. Osaka ist heute die sechsgroße Stadt der Welt mit 2 114 800 Einwohnern. Tokio hat gleichfalls 2 000 000 Einwohner, Nagasaki 760 000, Kioto 680 000 und Saba 650 000 Einwohner. Diese auffallende Bevölkerungszunahme der japanischen Bevölkerung ist zu erklären aus dem unveränderten Familienleben auf dem Lande.

# Stabilisierung der Not?

## Die Schicksalsstunde der Arbeiterschaft.

Die schwarze Schicksalsstunde des Arbeiters" nennen die neuen Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung die Periode der Depression, während die Krise die „schwarze Stunde des Unternehmers“ sei. Immer, heißt es da (S. 18), sei die Arbeitslosigkeit in der Depression dauernd verhältnismäßig hoch, und zwar größer als in der Krise, die zuerst Unternehmer trifft. Und so sehen wir auch jetzt, daß in einer gewissen „Stabilisierung der Not“, wie man sagen könnte, die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter nur verhältnismäßig wenig zurückgeht, und daß die Zahl der Vollbeschäftigten noch immer weit geringer ist als im November oder gar im Oktober, zur Zeit, als die neu eröffneten Konjunktur, der Geschäftsaussichten und der Wechselproteste auf dem Höhepunkt stand.

Im der Tat ist es innerhalb des kapitalistischen Systems „natürlich“, daß die Zahl der Arbeitslosen in der ersten Zeit der Depression immer weiter ansteigt und daß sie sich in der zweiten nach Erreichung des Höchststandes nur ganz allmählich vermindert. Denn bei der ersten Krisenerschütterung brechen nur die schwächsten Unternehmungen zusammen. Ihre Arbeiter bleiben arbeitslos und je mehr Unternehmungen schließen müssen, um je mehr steigert sich die Zahl der Arbeitslosen. Sie kann sich nur vermindern, insofern eine Überwindung der Betriebe, eine Wiedereröffnung derselben eintritt. Aber als Gegenwirkung dauert während der ganzen Zeit der Depression die Umorganisation der Betriebe an, die ihre Produktion einschränken oder durch Anwendung arbeitsparender Methoden rationalisieren. Das bedeutet immer wieder Arbeitslosigkeit, immer wieder — offensichtlich vorübergehende — Ausschaltung von Angestellten und Arbeitern aus dem Produktionsprozeß. So bildet sich in der Depression ein „innerer Ring“ von Produktion und Konsum heraus. Der Marktmechanismus kümmert sich nicht darum, was aus den Unternehmungen und den Menschen wird, die außerhalb dieses Ringes, unfähig, nichts produzierend, auch kein Recht auf Existenz haben.

Eine gewisse „Stabilisierung“ ist also erreicht, wenn man das überhaupt so nennen will, bei etwa 60 bis 70 Proz. Ausnutzung der Produktionskräfte. Der Kapitalismus glaubt sich ja schon als System gerechtfertigt, wenn die Volkswirtschaft im Ganzen ist, wenn sie nicht, wie in der Krise, zu verfallen droht. Und er hat das „ökonomische Gesetz“ erunden, nach dem das Brachliegen von menschlicher und mechanischer Produktionskraft und die periodische Vernichtung von Werten „natürlich“ ist, moran nicht gerüttelt werden kann. Aber was ist dieses „Gesetz“ anders als die Wiederkehr derselben Sinnwidrigkeit?

So finden wir auch jetzt, daß die Bewegung der Arbeitslosigkeit und ihr Verhalten nach den sinkenden Preisen ähnlich verläuft wie in den Depressionsjahren 1901/03 und 1908/10. Aber ein wesentlicher Unterschied zeigt sich doch, nämlich ein quantitativer. Die Arbeitslosigkeit ist in der Periode 1908/10 verhältnismäßig rasch zurückgegangen und sie war auch nie so schwer wie in der gegenwärtigen Krise. Die Kurve der Preise war heftiger bewegt als die des Beschäftigungsgrades. Sie zeigte größere Ausschläge, von den Durchschnittswerten her gesehen. Und die Arbeitslosigkeit in der Depression nahm verhältnismäßig rasch ab.

Die gegenwärtige Krise scheint auf dem Arbeitsmarkt heftiger, zäher, dauernder zu sein.

Es muß aber geradezu als Voraussetzung einer baldigen Überwindung der Krise gelten, daß die Preise rascher sinken als die Reallohnkraft und jedenfalls nicht weniger rasch. Das ist auch, wie wir aus den Schaubildern der oben erwähnten Publikation (S. 21) ersehen können, in den Depressionsperioden vor dem Kriege der Fall. Heute ist es umgekehrt: die Zahlen zum Kreislauf zeigen eine Senkung der konjunkturrempfindlichen Warenpreise von Beginn des Jahres 1925 bis zur Gegenwart um etwa 25 Proz., hingegen

eine Senkung der Vollbeschäftigten um 35 Proz. und mehr.

Da gleichzeitig die Löhne nur theoretisch gleich geblieben sind, faktisch aber sich durchschnittlich reduziert haben dürften, so ergibt sich die Hartnäckigkeit der Depression von selbst. Wenn die Reallohnkraft rascher sinkt als die Preise, wie soll die Produktionsmenge wieder ansteigen? Im Gegenteil, sie muß die Tendenz zum Rückgang zeigen. So muß man allen Prophezeiungen über den „Silberstreifen am Horizont“ leider recht skeptisch gegenüberstehen.

Viele Umstände spielen hierbei mit. So zweifellos auch die Tatsache, daß die Zahl der Arbeitsuchenden gegenwärtig relativ größer ist als vor dem Kriege, weil viele kleine Rentner, Frauen usw., welche ehemals keine Arbeit suchten, jetzt im Erwerbsebenen stehen. Noch entscheidender aber dürfte sein das oftmals betonte Verhältnis zahlreicher Produktionszweige und die daraus hervorgehende Tendenz zur Rationalisierung. Denn diese Rationalisierung, die keine Preisentwertung parallel geht, verweist doch natürlich die depressive Lage. Die neue Fabrikorganisation wirkt wie eine neue Technik, nur mit dem Unterschied, daß zum Teil keine neuen Produktionsmittel erzeugt werden müssen, um diese neue Technik einzuführen. Es werden also nur Arbeiter freigesetzt, hingegen keine neuen Arbeiter in anderen Betrieben benötigt. Auch die Kartellorganisation mit der Einschränkung der Produktionsmenge wirkt in der gleichen Richtung und endlich auch das Interesse der großen und starken Betriebe, die kleinen zu vernichten und aus dem Markt zu werfen. Ist doch jede Depressionsperiode für die führenden

Unternehmungen, wenn noch freie Konkurrenz vorhanden ist, nur scheinbar nachteilig. Natürlich sind ihre Gewinne in der Depression geringer, aber die Vernichtung ihrer Konkurrenten eröffnet ihnen ja

### die Beherrschung des Marktes in der nachfolgenden Konjunkturperiode.

Um das wissen wir aus der Geschichte der Konjunktur früherer Jahre. Aber diese Züge sind heute besonders verhärtet.

Nach einer anderen Richtung hin ist die Lage der Unternehmer sogar bereits günstig: die öffentliche Meinung zeigt heute dem Konjunkturverlauf gegenüber ein weitaus größeres Interesse, und immerhin sind gewisse theoretische Argumente schon zum Gemeingut der Diskussion geworden. So das Argument der Rationalisierung als Überwindung der Krise. Während früher der Unternehmer immer mit dem offenen oder versteckten Widerstand der Arbeiter und Angestellten zu kämpfen hatte, wenn er in Depressionszeiten seinen Betrieb durch Umorganisation verbessern wollte und mußte, während auch die öffentliche Meinung sich gegen die Entlassungen stemmte, so hat heute das Schlagwort der Rationalisierung und Normung von Amerika aus seinen Siegeslauf durch die ganze Welt angetreten. Und auch die Gewerkschaften haben sich damit weitgehend identifiziert. Freilich haben sie das unter Voraussetzungen getan, welche die schädlichen Einwirkungen der Rationalisierung sehr herabsetzen würden: sie haben z. B. in ihrer letzten Denkschrift erklärt, daß jede Rationalisierung von einer Herabsetzung der Preise bzw. einer Lohnsteigerung begleitet werden soll, soweit die Preise nicht entsprechend dem geringeren Arbeitsaufwand herabgesetzt werden. Und sie haben den Standpunkt vertreten, daß die Rationalisierung nicht in erster Linie zur Vergrößerung der Gewinne dienen dürfte. Das ist auch volkswirtschaftlich richtig gesehen. Denn eine erzwungene Steigerung der Gewinne in Depressionszeiten muß nur zu einer Überproduktion und zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit führen, während die richtige Wirtschaftspolitik trachten muß, durch Schonung und Steigerung der Rollentaukraft

### die Produktion wieder auf den höchsten möglichen Umfang zu bringen.

Aber leider: die Gewerkschaften begleiten den Prozeß der Krise mit ihrem Urteil, sie haben jedoch keine Entscheidung. Und sollte man von den Unternehmern die wirtschaftliche Vernunft erwarten, welche zunächst ein Handeln gegen ihr unmittelbares, momentanes Privatinteresse verlangen würde? Depressionsperioden sind die beste Lehrzeit für die Notwendigkeit gemeinschaftlicher Produktionsbeherrschung. So bereitet die Rationalisierung der industriellen Produktion heute zwar eine günstige Marktlage für die Zukunft vor, aber auf dem Rücken der Arbeiter. Im Wesen verläuft der Wirtschaftsprozess so, wie er in einer Depression immer verlaufen ist, nur ist die Arbeitslosigkeit heftiger und hartnäckiger, weil die Inflationskonjunktur länger und gewalttätiger war. Für den Theoretiker ist demnach alles klar. Aber die Massen der Arbeitslosen finden einen schmalen Trost darin, daß heute die Wiederherstellung des Gleichgewichts länger dauern müsse, weil die Konjunktur so lange währte. Ebenso deshalb ist es ein magerer Trost, weil ja die Kriegs- und Inflationskonjunktur den Arbeiter nur mit Scheingewinnen abspeiste, weil sie keine reale Steigerung der Lebenshaltung, sondern nur scheinbare Erfolge brachte. Die solide Hochkonjunktur des „normalen“ Kapitalismus bringt dem Arbeiter wenigstens einen größeren Reallohn, wenngleich dieser nicht so rasch steigt wie die Gewinne.

aber die Arbeitslosen zahlen heute nicht für die bessere Lebenshaltung einer realen Konjunktur, sondern sie müssen es büßen, daß sie den Schwindel der Inflation, unter dem sie am meisten litten, so lange ertragen haben.

Und dabei haben sie nur einen Trost: Geradezu unbeschreiblich wäre das Elend dieser Depressionsperiode, wenn nicht die Gewerkschaften imstande wären, das Lohnniveau zu halten, und wenn nicht die Millionen Arbeitloser durch die Erwerbslosenfürsorge immerhin noch eine gewisse Rouffkraft erhielten. Dann wäre die Depression nicht die schwere Schicksalsstunde, sondern die Todesstunde der Arbeiterschaft, und die zeitgenössischen Schilderungen aus den Jahren nach den napoleonischen Kriegen gäben etwa eine Vorstellung davon, was die europäische Arbeiterschaft heute zu erdulden hätte ohne die Gewerkschaften und ohne die Stütze des Sozialismus.

Prof. Emil Federer, Heidelberg.

### Produktionsförderung in der Landwirtschaft.

Wenn aus öffentlichen Mitteln der Landwirtschaft Kredite gegeben werden, so ist es ein selbstverständliches Erfordernis und eine Voraussetzung für diese Kreditvergabe, daß die Kredite im Interesse der Allgemeinheit — oder anders ausgedrückt — im Interesse der Produktionsförderung der Landwirtschaft verwendet werden. Und es ist eine eben so selbstverständliche Forderung, daß über diese Verwendung der Kredite die Organe der Allgemeinheit eine Kontrolle haben müssen. Reichstagsabgeordneter Genosse Schmidt brachte das bei der ersten Tagung der deutschen Gutspächter, auf der diese Frage behandelt wurde, in der Diskussion zum Ausdruck. Er erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags dem zur Kreditfrage vorliegenden Gesetz-

entwurf, der die Einführung einer Pfandhypothek für das Fächlerinventar vorsieht, deswegen keine Zustimmung gegeben habe, weil die Kreditvergabe mit der Betriebsberatung und Betriebskontrolle Hand in Hand geht.

Die Tagung war von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Gutspächter veranstaltet worden, einer Arbeitsgemeinschaft, zu der sich der Domänenpächterverband und der Reichsbund landwirtschaftlicher Pächter zusammengeschlossen haben. Das Hauptreferat der Tagung hielt das Vorstandsmitglied der Deutschen Domänenbank, Rechtsanwalt Klepper-Berlin über die Finanzkrise des Pachtbetriebes. Er wies darauf hin, daß dem Pachtbetrieb im Gegensatz zum Eigenbetrieb heute die Möglichkeit fehle, die kurzfristigen, hochverzinslichen Personalschulden in langfristige Realkredite umzuwandeln. Er könne insofern nicht wie die Eigenbetriebe das ihm während der Inflation verloren gegangene Betriebskapital durch Kreditaufnahme ersetzen. Die bisherige Kreditvergabe an die Landwirtschaft erfolgte völlig systemlos. Der Verwendungszweck wurde nicht kontrolliert. In der Verbindung von Kreditgeschäft und Betriebsbeeinflussung, wie in dem jetzt dem Reichstag vorliegenden Gesetzentwurf vorgezogen sei, liege der erste Anlauf zu einer Umgestaltung des landwirtschaftlichen Kreditgeschäfts unter dem allgemeinen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt der Produktionsförderung. Es sei aber notwendig, dieses Gesetz noch in dieser Session zu verabschieden, damit die Pächter nicht gezwungen werden, durch die im Herbst fällig werdenden Verbindlichkeiten die Ernte ungeschädigt zu verwerten.

In dem einleitenden Referat, in dem sich Geheimrat Ebeling mit dem Aufgabentwurf der neu gegründeten Arbeitsgemeinschaft befaßte, hatte er schon darauf hingewiesen, daß neben der Kreditfrage auch das ganze Rechtsinstitut der Pacht einer Neuordnung unterzogen werden müsse, daß vor allem der Pächter durch Rechtsvorschriften des allgemeinen Rechts viel wirksamer gestaltet werden müsse, als dies bisher der Fall ist. Er wies dabei besonders auf die fortschrittliche Pachtgesetzgebung in den skandinavischen Ländern und England hin. In einer Resolution wurden die Gedankengänge, die sich mit der Produktionsförderung auf dem Wege der Kreditvergabe befaßten, unterstrichen.

### Großhandelsindex.

Die auf den Stichtag des 9. Juni berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem 2. Juni bei im einzelnen nur geringen Preisveränderungen mit 123,7 unverändert geblieben. Die Agrarerzeugnisse liegen wieder auf 123,6 und die Industrierstoffe auf 123,8.

Verringerung der Zinspanne — aber kein Abbau der Provisionen. Die der Berliner Stempelvereinigung angehörenden Großbanken haben den Beschluß gefaßt, trotz der Diskontermäßigung um ein halbes Prozent weiter die gleichen Zinsen auf Einlagen zu gewähren wie bisher. Gezahlt werden demnach 3 Proz. für provisionsfreie Konten mit täglicher Fälligkeit, 3 1/2 Proz. für provisionspflichtige Konten derselben Art und 5 Proz. für Einlagen mit 14tägiger bis monatlicher Kündigung. Die hohe Spanne zwischen Kredit- und Debitsinsen ist damit um 1/2 Proz. verringert, was im Interesse der Gesundheit des deutschen Kreditwesens zu begrüßen ist. Unverändert aber bleiben die noch immer recht hohen Provisionen, die den Kreditverkehr nach wie vor auf das schwerste belasten.

Die Lage des deutschen Kohlenmarktes hat sich im Monat Mai wesentlich gebessert. Das rheinisch-westfälische Kohlenprodukt konnte in diesem Monat 2588 000 Tonnen Kohle, 914 000 Tonnen mehr als im April absetzen und die Halbenbestände um 500 000 Tonnen verringern. Die Absatzsteigerung entspringt hauptsächlich auf den Auslandsmarkt. Das ist offenbar eine Folge des Ausbleibens englischer Kohlenlieferungen für den Weltmarkt. Es ist außerordentlich bezeichnend, daß dabei nach dem Bericht des Syndikats direkte Abkündigungen mit England nicht erfolgt sind. Die Steigerung des Auslandsabsetzes erstreckt sich vielmehr auf alle in Frage kommenden Länder; insbesondere werden große Kohlenmengen nach Holland verschifft.

Die Gewinne der Berthold-Messingfabrik und Schriftgießerei A.-G. Die Gesellschaft sagt besonders gern über die Höhe der Löhne. Im letzten Jahr hat sie es sogar zu einem monatlichen Streit kommen lassen. Sie sagt in ihrem Geschäftsbericht auch, daß der Geschäftsgang unter der Krise gelitten habe und die Lohn- und Gehaltserhöhungen nicht durch Preisausschläge hereinzubringen gewesen wären. Im vorigen Jahr hat die Gesellschaft, die seit 1918 eine starke Ausdehnungspolitik betrieben hat, sie heute noch fortsetzt und bereits einen großen Teil der Branche beherrscht, eine Dividende von 15 Proz. verteilt. Im Jahre 1925 waren die Gewinne sicher nicht schlechter, eher besser. Der Fabrikationsgewinn ist nämlich von 1,47 auf 1,74 Millionen erhöht. Wenn der Reingewinn in diesem Jahr etwas niedriger ausgemessen wird (496 000 gegen 550 000 M.), so nur deshalb, weil die Gesellschaft grundsätzlich alle Neuzugänge an Maschinen, Stempeln, Matrizen, Werkzeugen und Robillen alljährlich aus dem Fabrikationsgewinn wieder abschreibt. So sind die Abschreibungen diesmal mehr als um 50 Proz. erhöht, von 405 000 auf 621 000 M., der ausgewiesene Reingewinn aber nur um etwa ein Zehntel gesunken. Das Kapital wurde zum Erwerb der A.-G. für Schriftgießerei und Maschinenbau in Offenbach um 1 Million erhöht. Wenn in diesem Jahr die gewöhnlich sehr anständige Dividende von 10 Proz. verteilt wird, so bedeutet das (Offenbach verteilt keine Dividende) auf das nicht erhöhte Kapital von 3,2 Millionen noch einen Dividendengewinn von über 13 Proz. Anlaß zu Klagen besteht insofern nicht, und am allerwenigsten über die Löhne und Gehälter der Belegschaft. Im Gegenteil, die Belegschaft wird sich auch den diesjährigen guten Abschluß zu merken haben.

Reklame-Woche bis Donnerstag, den 17. Juni, für

# Malz- und Kornkaffee

Allerfeinste Qualität Pfund 48 Pl. / Hochfeine Qualität Pfund 38 Pl. / Feine Qualität Pfund 30 Pl.

## Mischungen

mit ca. 15% Bohnen-Kaffee Pfund 92 Pl. x mit ca. 25% Bohnen-Kaffee Pfund 1.36 Mark

Wer 1 Pfund kauft, erhält 1 1/2 Pfund

Wer 2 Pfund kauft, erhält 3 Pfund

Wer 4 Pfund kauft, erhält 6 Pfund

Kaffee  
Groß-Rösterei

# Reichelt

Mälzerei

147. Geschäfts